

(A) **Beginn: 10.04 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen! Ich heiße Sie zu unserer heutigen 22. Sitzung herzlich willkommen. Mein Gruß gilt Ihnen allen und den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Geburtstagskindern gratulieren: Frau Kollegin Annegret Krauskopf von der Fraktion der SPD hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Der Kollege Manfred Böcker, ebenfalls von der Fraktion der SPD, wird 56 Jahre alt.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch im Namen des Hohen Hauses, Herr Kollege Böcker, Frau Kollegin Krauskopf!

(B) Meine Damen und Herren! Wir **setzen** heute die **Beratungen zum Haushaltsplan in zweiter Lesung fort**, nachdem wir gestern die Haushaltsplanberatungen mit dem Einzelplan 13 unterbrochen haben. Ich rufe **Nummer 1** unserer Tagesordnung auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/810 und auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/822.

Zuerst behandeln wir den **ersten Abschnitt**:

a) Umwelt, Raumordnung

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile dem Abgeordneten Stump für die CDU-Fraktion das Wort.

Werner Stump (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Bildung

der rot-grünen Koalition sollte ein Aufbruch in ein Zeitalter des ökologischen Umbaus in Nordrhein-Westfalen beginnen. Diese Art von Worten konnten wir überall vernehmen. Es sollte sich etwas verändern. Wir stellen heute - und zu dieser Schlußfolgerung komme ich schon zu Beginn meiner Rede - Konzeptionslosigkeit und arbeitsplatzvernichtende Handlungen fest. (C)

Mit der ersten gemeinsamen Haushaltsplangestaltung von Rot-Grün verband sich auch bei uns die Einschätzung, jetzt könnte ein großer Wurf für eine ökologische Politik kommen. Wir sind enttäuscht.

Beim Studium des Umweltetats breitete sich unter uns Erstaunen darüber aus, daß wir folgendes feststellten: Das Gutachterfieber ist ausgebrochen - das hat sich wesentlich etwas verändert -; denn, Herr Matthiesen, im vergangenen Jahr gab man für Umweltgutachten noch 31,6 Millionen DM aus, wobei wir uns darüber im klaren sein sollten, daß auch damals schon vieles davon unnützlich war. Jetzt gibt man 45,4 Millionen DM dafür aus, locker noch einmal 14 Millionen mehr. Das haben selbst Sie nicht geschafft, Herr Matthiesen. Das schafft aber Frau Höhn.

Frau Höhn schafft es auch, weitere Ausstellungen und Tagungen anzusetzen und die Kosten dafür zu erhöhen. Sie schafft es schließlich, in vielen Bereichen Klientelpolitik zu machen und alle die, die bisher unter sozialdemokratischer Mehrheit kein Geld empfangen durften, jetzt auf einmal überall an die Töpfe heranzuführen. (D)

Das, was wir als einen ersten Wechsel in dieser Haushaltsplangestaltung sehen, Frau Höhn, ist ausschließlich Klientelpolitik zu Ihren Gunsten. Es ist nicht der Aufbruch in eine neue, ökologisch zu gestaltende Politik.

Dann, meine Damen und Herren, entdecken wir noch etwas Neues: Herr Matthiesen ist ja durch eine sogenannte Abfallkampagne auffällig geworden. Frau Höhn macht es ihm nach; nur, sie kann nicht eine Abfallkampagne gestalten, sie macht jetzt die Ozonkampagne, Herr Matthiesen. Wir stellen uns das so vor: Wenn es einmal zum Sommermog kommt, gibt es die besondere Werbung für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, wie man alles sehr schnell stilllegen kann. Dafür muß man eine Kampagne machen, und dafür muß man Geld haben: 4 Millionen DM muß man dafür in die Hand nehmen.

Frau Ministerin, Ihr Umweltetat ist ein Offenbarungseid umweltpolitischer Kleinigkeiten - mehr

(Stump [CDU])

(A) nicht. Sie haben eigentlich nur neue Spielwiesen aufgetan, um Leute ruhigzustellen, auch jene Leute, die Sie jetzt auf dem Landesparteitag ruhigstellen müssen. Denen werden Sie nämlich sagen, was sich jetzt alles verändert hat - Kleinigkeiten. Der ökologische Aufbruch findet nicht statt.

Die eigentlichen Problemstellungen Abfallwirtschaft, Altlastensanierung, Abwasserreinigung und Hochwasserschutz werden nur fortgeschrieben. Es wird nichts Neues, Intelligentes dazugelegt. Im Gegenteil: Die Konzeptionslosigkeit wird fortgesetzt.

Nach der Regierungserklärung sollte eine Umgestaltung in der Abfallwirtschaft erfolgen. Herr Matthiesen, das hört sich so an wie Bilanz ziehen, eine neue Umweltpolitik im Bereich der Abfallwirtschaft gestalten. Das ist kein gutes Testat für Ihre Arbeit, weil ja jetzt alles zur Überprüfung ansteht. Frau Ministerin Höhn läßt ja keine Gelegenheit aus, öffentlich deutlich zu machen, wie schlecht Sie waren und was Sie alles falsch gemacht haben.

Jetzt macht Frau Höhn folgendes, was wieder etwas Neues ist: Sie setzt neben die nicht mehr auszulastenden Deponien und neben die nicht ausgelasteten Abfallverbrennungsanlagen mechanisch-biologische Anlagen und sorgt noch mehr dafür, daß die Auslastung bestehender Anlagen nicht gegeben sein wird.

(B)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Herr Stump, reizen Sie mich heute morgen doch nicht!)

- Doch, das möchte ich.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege Matthiesen, ich bin heute sehr gut aufgelegt. Ich habe auch einen helleren Anzug angezogen, was mit der Sonne zusammenhängt. Ich denke, wenn Sie gereizt werden, dann kann es auch noch interessant werden.

Aber um zum Ernst zurückzukommen: Die Politik von Matthiesen hat dazu beigetragen, daß für eine Milliarde DM Fehlinvestitionen in der Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen stattgefunden haben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Das haben die Bürger nicht direkt zu zahlen, sondern das haben die Kommunen aufzubringen, was sie nicht auf die Abfallgebühr umlegen können. Das trägt weiter zur Finanzschwäche unserer

Kommunen bei. Sie holen sich das Geld dann über die Steuersätze letztlich beim Bürger wieder.

(C)

Frau Höhn, Sie haben das Daten- und Mengengerüst in der Abfallwirtschaft nach einem Jahr auch noch nicht hinbekommen. Bei Herrn Matthiesen war das nie aktuell. Auch da sind Sie nicht besser geworden.

Wir fragen uns also wirklich, was sich verändert hat. Geblieben ist die Planungsunsicherheit im Rahmen der Abfallwirtschaft, geblieben ist, daß wir Kostensprünge haben, daß wir Fehlinvestitionen zu verzeichnen haben, daß Planungsunsicherheit die Abfallwirtschaft charakterisiert und stillschweigend die Verlagerung von Märkten und Arbeitsplätzen damit einhergeht.

Ich komme zum Stichwort "Altlastensanierung": Wir haben in diesem Parlament als CDU dafür gekämpft, daß der Altlastensanierungsverband in dieser Form nicht kommt. Wir wollten eine freiwillige Lösung. Die Sozialdemokraten wußten es besser und schafften den gesetzlichen Verband. Wir haben schon damals über die Verfassungswidrigkeit diskutiert. Heute wissen wir, daß möglicherweise die Verfassungswidrigkeit gegeben ist. Das Prüfungsverfahren ist zumindest ein Indiz dafür.

Ich glaube, daß wir sehr schnell zu dieser freiwilligen Lösung kommen müssen; denn die Wirtschaft ist dazu bereit. Die Wirtschaft ist auch dazu bereit, den Deckel auf den 50 Millionen DM zu lassen. Nach der Koalitionsvereinbarung will man jetzt aber den Topf auf 75 Millionen DM erhöhen. Ich bin mir dann nicht mehr sicher, ob diese große Bereitschaft bestehenbleiben wird. Es paßt auch nicht in die Zeit, daß man der Industrie wiederum eine 25 Millionen DM hohe Auflage zusätzlich aufbürdet. Von daher denke ich, daß Rot-Grün hier auch absolut kontraproduktiv handelt. Wir lehnen das ab, daß eine Erhöhung des Lizenzentgeltes auf 75 Millionen DM stattfindet.

(D)

Ich komme zum Thema "Abwasser": Durch die Haushaltsplanberatungen haben wir ganz nebenbei erfahren, daß sich die Abwasserabgabe um 320 Millionen DM erhöht hat. Das Geld liegt beim Finanzminister auf der Seite. Die Kommunen brauchen aber dieses Geld. Sie brauchen dieses Geld, um ihre Abwasserinvestitionen finanzieren zu können, auch mit höheren Begünstigungen. Aber das Geld liegt beim Finanzminister auf der Seite. Der Finanzminister finanziert seinen Haushalt anteilmäßig darüber auch noch mit.

(Stump [CDU])

(A) Wir haben dazu Anträge gestellt. Wir stellen auch heute dazu einen Antrag. Mein Kollege Hans Peter Lindlar wird darauf noch näher eingehen.

Nun zum "Hochwasserschutz": Der Hochwasserschutz findet auf einem sehr niedrigen Niveau statt. Der Hochwasserschutz fängt auch unter einer Umweltministerin Höhn bei dieser Landesregierung erst ab Düsseldorf an.

(Beifall bei der CDU)

Der gesamte Hochwasserschutz für die Bereiche Bonn und Köln findet sich überhaupt nicht wieder. Auch zu diesem Thema wird der Kollege Lindlar Näheres sagen.

Ich möchte zu meinem letzten Punkt "Landesplanung" kommen: Wir brauchen in der Landesplanung eine Vereinfachung und eine schlankere Gestaltung.

(Gerd Mai [GRÜNE]: Haben wir doch!)

Wir müssen wegkommen von theoretischen Papieren und Gesetzen wie dem Landesentwicklungsprogrammgesetz. Wir müssen zu einer klaren und überzeugenden Fachplanung kommen, und zwar auch im Rahmen der Braunkohlenfachplanung. Damit fällt natürlich ein entscheidendes Stichwort. Es ist das Stichwort bezüglich eines Beschlusses der sozialdemokratischen Landesregierung, der eine hohe Akzeptanz in diesem Parlament gefunden hat, den Tagebau Garzweiler II zu genehmigen.

(B)

Danach hat es nur Chaos und gegensätzliche Urteile gegeben. Herr Clement redet: "Er kommt." Frau Höhn sagt: "Er kommt nicht." Herr Clement sagt den Bergarbeitern: "Glaubt mir endlich." Sie glauben ihm eh nicht, sie sind nur höflich. Frau Höhn sagt den Umsiedlern: "Ich komme als Oma noch wieder. Ihr werdet hier immer wohnen bleiben."

Frau Höhn hat jetzt still und leise aber etwas getan. Sie will den Umsiedlern helfen. Das wollten wir immer. Das ist auch Beschlußlage. Frau Höhn hat nun aber vor, den Umsiedlungsbeauftragten einzusetzen.

Sie ist zwar gegen die Umsiedlung, setzt aber einen Umsiedlungsbeauftragten ein. Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Hier findet ein schleichender Prozeß der Akzeptanz statt.

Aus der Sicht von CDU und SPD ist das in Ordnung, aber aus der Sicht der GRÜNEN findet das statt, Herr Kollege Matthiesen, was in der Verkehrspolitik gestern hier offenbar wurde: Man ist

dagegen und knickt dann ein. Und das gleiche passiert auch bei der Braunkohlenfachplanung: Man wird am Ministersessel kleben, man wird sich nicht lösen können, und man wird deshalb einknicken. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das vorher.

Die Basis der GRÜNEN ist woanders. Die Basis der GRÜNEN will den Tagebau mit Sicherheit nicht. Nein, sie geht weiter und will jetzt sogar noch den Tagebau Hambach bekämpfen. Sie will, daß der Tagebau Hambach, der genehmigt ist und sich im Betrieb befindet, um ein Drittel verkleinert wird. Darüber gibt es auch schon Schlüsselgespräche mit der Ministerin oder ihrem Ministerium. Also: Die Basis läuft immer noch weiter auf der grünen Welle, mit der man letztendlich ja auch hohe Wahlergebnisse erreicht hat, aber die Minister knicken ein; denn sie müssen im Kabinett bleiben, sonst sind sie arbeitslos. Sie verkaufen ihre grüne Politik. Und das ist das Schlimme, das hätte ich GRÜNEN nie zugetraut.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

- Das hätte ich GRÜNEN nie zugetraut, aber wir werden ja eines Besseren belehrt. (D)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Die Umweltpolitik der ehemaligen SPD-Alleinregierung ist gescheitert; das habe ich deutlich gemacht. Die Bilanz der Mißerfolge wird durch die rot-grüne Koalition fortgesetzt. Fehlinvestitionen, Planungsunsicherheit, Arbeitsplatzvernichtung kennzeichnen diese Politik. Das Schlimme an dieser Entwicklung ist: Während wir hier über eine Politik diskutieren, die dem Land Nordrhein-Westfalen eine Zukunft verheißen soll, werden faule Kompromisse geschlossen und gehen reihenweise still und leise Arbeitsplätze fort oder werden aufgegeben. Meine Damen und Herren, die Botschaft nach draußen wird in ihren Konturen immer deutlicher: Rot-Grün macht nach und nach Deutschland fix und fertig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Stump. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Kasperek das Wort.

(A) **Dr. Bernhard Kasperek (SPD):** Guten Morgen. Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stump, Sie haben versucht, einen großen Luftballon aufzublasen. Aber ich brauche nur eine ganz kleine Nadel hineinzustechen, und dann zerplatzt das Ganze in ein Nichts. Ihr umweltpolitischer Beitrag in dieser Legislaturperiode entspricht genau diesem zerplatzenden Luftballon. Und das ist in Bonn auch nicht anders. Bei Ihrer Bundesumweltministerin hat man immer wieder den Eindruck, ihre Aufgabe ist es mehr, Umweltpolitik zu verhindern, als Umweltpolitik zu betreiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Hier in Nordrhein-Westfalen machen Sie es nicht anders: alternativloses Moppern, ja nicht einmal richtige Opposition. Und wir hätten zumindest darauf einen Anspruch, daß Sie vernünftige Opposition gegen uns betreiben.

Es ist für alle sichtbar: Nur eine von der SPD geprägte Landespolitik ist in der Lage, die Verzahnung von Ökologie und Ökonomie zu erreichen.

(Beifall bei der SPD - Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir sind hier doch nicht auf einem Unterbezirksparteitag!)

(B) Dabei ist es dieses Politikfeld wie kaum ein anderes wert, daß wir uns um tragfähige Lösungen für die nächsten Jahre bemühen. Es ist auch unsere Verpflichtung, uns darum zu kümmern. Die Umweltpolitik von heute bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus muß Antworten auf die globalen Herausforderungen zum Beispiel durch Bevölkerungswachstum und durch die Klimaveränderung finden. Wir müssen dabei - und das wollen wir auch - in eine neue Phase für das Bündnis von Arbeit und Umwelt eintreten. Wir wollen starker Industrie- und Wirtschaftsstandort bleiben. Deshalb wollen wir auch Industrie- und Umweltpolitik noch stärker miteinander verzahnen.

Was heißt das konkret? Kohle im Verbund mit neuen Energien, Chemie, um Energie zu sparen, Bio- und Gentechnologie, um Altlasten zu sanieren und neue zu vermeiden. Das sind nur wenige Beispiele. Also: mehr Investitionen, mehr qualitatives Wachstum, mehr Technik statt Ausstieg, statt Entweder/Oder, schwarz oder weiß wie bei der CDU und bei anderen Fundis.

Zeitgemäße Umweltpolitik muß sich im globalen Maßstab auch die Frage stellen lassen, ob es sinnvoll sein kann, hier in Deutschland und in

Westeuropa mit Millionen- und Milliardeneinsatz noch geringfügig bessere Emissionswerte zu erreichen, während mit demselben Geld in Osteuropa, in Asien oder in anderen Teilen der Welt gravierende Umweltverbesserungen erreicht werden könnten. Nordrhein-Westfalen bietet hierfür Technologien und Know-how an. Das wäre auch ein gutes Beispiel für die Verbindung von Ökologie und Arbeitsplätzen.

In der Bundesrepublik und hier in Nordrhein-Westfalen stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, nach den großen nachweisbaren Erfolgen insbesondere im nachsorgenden Umweltschutz nun einen neuen qualitativen Schritt zu tun hin zu produktionsorientiertem Umweltschutz, zu ressourcenschonendem Produzieren, zu ökologischer Optimierung der Verfahren, des Verkehrs, des Wohnens.

Vor diesem Hintergrund war und ist es natürlich nicht einfach, eine Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen zu bilden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestalten in Nordrhein-Westfalen seit Jahren den Strukturwandel. Wir wollen gleichzeitig starker Industrie- und Wirtschaftsstandort bleiben, ihn ausbauen und zu gleicher Zeit ökologisch an der Spitze sein. Unsere sozialdemokratische traditionelle Orientierung an der Industrie- und Wirtschaft, auf Kohle und Stahl, auf Chemie und andere Technologien ebenso wie auf neue Medien, auf Telekommunikation, also ganz allgemein auf die gewachsenen und neuen wirtschaftlichen Strukturen in unserem Lande, ist für die SPD genauso unverrückbar wie identitätstiftend. Für Nordrhein-Westfalen ist diese Orientierung auf Industrie und Wirtschaft überlebenswichtig.

Identitätstiftend für die GRÜNEN schien dagegen lange eine einseitige Orientierung auf den Vorrang für Ökologie und grundlegende Veränderungen in der Verkehrs- und Energiepolitik. Der Prozeß, aus diesen beiden Politikansätzen neuen Schub für Arbeit und Umwelt zu entwickeln und eine gemeinsame Linie in der Umweltpolitik herauszuarbeiten, muß naturgemäß anstrengend sein. Er ist aber diese Anstrengung allemal wert. Kontinuität und neue Ideen - dafür sind wir offen, und, wie ich sehe, ist es unser Koalitionspartner auch.

Beide Ansätze haben ja auch gemeinsame Ziele. Es geht darum, die Arbeits- und Lebenswelt des Menschen so zu erhalten und zu gestalten, daß wir gut und gesund in ihr leben können und daß wir eine Perspektive für unsere Kinder und die kommenden Generationen erhalten.

(C)

(D)

(Dr. Kasperek [SPD])

- (A) Sie haben das alle mitbekommen. In den letzten Tagen ist deutlich geworden, daß die SPD stärker als ihr Koalitionspartner die sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte im Auge hat, ohne, wie wir meinen, Ökologie zu vernachlässigen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr gut! - Heiterkeit bei der CDU)

Gerade in der Auseinandersetzung zwischen diesen Positionen liegt aber auch eine Chance, gemeinsam eine Politik zu entwickeln und zu gestalten, die das notwendige Maß sowohl an Kontinuität wie an Innovation enthält. Ich kann nur sagen, Frau Ministerin Höhn: Ich sehe viel Kontinuität in Ihrer Politik.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Oh-Rufe bei der CDU)

Es ist doch auch schön, eine erfolgreiche Politik fortsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Das kann ich Ihnen im Namen der SPD-Fraktion sagen: An Unterstützung durch uns wird es dabei nicht mangeln. Und daß dies auch in der konkreten Zusammenarbeit beider Fraktionen hier im Landtag möglich ist, hat der vorliegende Haushaltsentwurf bewiesen, der heute trotz der beschriebenen schwierigen Ausgangslage, getragen von dem einheitlichen Willen beider Fraktionen, vorliegt.

(B)

Gerade auf dem schwierigen Feld der Umweltpolitik sind wir gemeinsam auf einem guten Weg, weil er nicht mehr durch ideologische Scheuklappen verstellt wird. Ich darf mich an dieser Stelle beim Koalitionspartner herzlich für die Zusammenarbeit im Umweltausschuß bedanken.

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe und weitere Zurufe von der CDU)

Diskussionsbedarf, meine Damen und Herren, werden wir in den kommenden Jahren auf vielen Bereichen haben.

(Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU]: Wenn Sie so weitermachen, dürfen Sie das Grußwort auf dem Landesdelegiertentag der GRÜNEN sprechen! - Heiterkeit bei CDU und SPD - Beifall bei SPD und CDU)

- Dort würde ich schon das Nötige sagen; darauf können Sie sich verlassen.

(Zurufe von der CDU)

Und das wird sich auch in keinem Wort von dem unterscheiden, was Kollege Clement dort sagen würde.

(C)

(Zuruf des Bernhard Schemmer [CDU])

Lassen Sie mich zum Thema zurückkommen. Ich darf auf das Umweltgutachten des Sachverständigenrates, das gestern vorgelegt wurde, hinweisen. Ich will nicht verhehlen, daß unsere Fraktion den Vorschlägen der Gutachter teilweise ausgesprochen reserviert gegenübersteht. Aber die aufgeworfenen Fragen, insbesondere nach dem Verhältnis zwischen ökologischer Steuerreform, Ökoabgaben und klassischem Ordnungsrecht einerseits und kooperativen freiwilligen Modellen andererseits, werden uns hier beschäftigen.

Wir Sozialdemokraten setzen dabei weiter auf Kooperation. Dasselbe gilt für die mühsame Suche nach dem Interessenausgleich zwischen der Notwendigkeit von qualitativem Wirtschaftswachstum und ökologischen Notwendigkeiten. Wir müssen hier den Konsens organisieren. Das ist unsere Aufgabe als Politik.

Ich verlange von allen verantwortlichen Politikern, sich angesichts der Geißel Arbeitslosigkeit um beides, nämlich um Arbeitsplätze und Umweltschutz, zu kümmern. So wie wir die Umweltverträglichkeitsprüfung benötigen, brauchen wir die Arbeitsplatzverträglichkeitsprüfung. Dazu gehört, daß das Zerreden des Standortes ebenso zu unterlassen ist wie die Verunsicherung der Arbeitnehmer und Unternehmer durch leichtfertiges Schwadronieren über Produkte und Produktionen.

(D)

Wir wollen in dieser Koalition gemeinsam erfolgreich sein, erfolgreich beim ökologischen Fortschritt und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen statt bei der Beruhigung von Protesten aus Betriebsleitungen und Betriebsräten.

Meine Erfahrung nach einem Dreivierteljahr praktischer Arbeit in dieser Legislaturperiode zeigt, daß sich die Koalition diesen Aufgaben stellt - das ist nicht immer einfach, aber es wird sachlich gearbeitet -, während die CDU in der Gefahr ist, sich für parteitaktische Polemik ihrer Fraktionsführung vereinnahmen zu lassen. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Stump: Wehren Sie sich! Lassen Sie sich von Herrn Reul doch nicht für taktische Spielchen mißbrauchen!

(Beifall bei der SPD - Werner Stump [CDU]: Das ist ein guter Mann!)

(Dr. Kasperek [SPD])

- (A) Meine Damen und Herren! Wir haben in den nächsten Jahren wichtige Fragen der Zukunft des Landes und der Umweltpolitik zu besprechen und zu bearbeiten. Die Gebühren dürfen nicht zur zweiten Miene werden. Wir brauchen die Beschleunigung der Verfahren, ohne Standards abzubauen oder Demokratie einzuschränken. Wir müssen das Thema Verkehr und Umwelt, insbesondere die Altautoverwertung aufgreifen, weil die Bundesregierung nichts tut. Wir werden das bergrechtliche Genehmigungsverfahren für Garzweiler II begleiten, insbesondere die schon angesprochene Umsiedlung, mit dem Ziel, das Vorhaben umzusetzen.

Wir werden uns mit allen diesen Themen konstruktiv auseinandersetzen müssen. Ich bin guter Hoffnung, meine Damen und Herren, daß die Koalition diese Aufgaben meistern wird. Ich kann die CDU nur bitten und einladen, einen umweltpolitischen Neuanfang zu machen. Spätestens nach der Korrektur durch das Wahlergebnis 1998 im Bund werden Sie auch dazu Gelegenheit haben. Fundamentalopposition hilft uns nicht weiter. Für sachliche Anregungen aus Ihren Reihen sind wir immer gerne offen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Oliver Wittke [CDU]: Wo war dann jetzt die Nadel?)

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Dr. Kasperek. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Mai das Wort. Bitte schön.

Gerd Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern und auch heute wieder - Herr Stump hat es bestätigt - kam und kommt zum Ausdruck, daß der überwunden geglaubte Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie wieder aufgebrochen ist. Da werden die Umweltstandards als Nachteile im internationalen Wettbewerb gesehen; dabei wissen wir doch alle, daß die deutschen und insbesondere die nordrhein-westfälischen Unternehmen in der Umwelttechnik auf den Weltmärkten führend sind.

Der Umweltschutz ist zu einer Stütze für den Standort Nordrhein-Westfalen geworden. Weitere Anstrengungen allein auf diesem Sektor werden auch zu einer höheren Beschäftigung führen. Der BDI, der Bund der Deutschen Industrie, schätzt den Finanzaufwand zur Erneuerung der Umwelstruktur im öffentlichen und im privaten Bereich,

der in den kommenden Jahren betrieben werden müßte, auf zusammengefaßt ca. 211 Milliarden DM.

(C)

Vom BDI werden die Ausgaben der Industrie für den Umweltschutz auf rund 20 Milliarden DM jährlich beziffert, die auch Umsatz und Einkommen für seine Mitgliedsunternehmen bedeuten. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen werden in etwa auf den gleichen Betrag geschätzt. Diese Ausgaben stellen Einkünfte und Umsatz auch für die Zulieferindustrie gerade in Nordrhein-Westfalen dar und schaffen Arbeitsplätze.

Inzwischen hat die Umweltindustrie über 800 000 Arbeitsplätze geschaffen. Mehr als 175 000 Beschäftigte arbeiten im Baugewerbe, im Maschinen- und Anlagenbau, 135 000 arbeiten im indirekten bzw. vorgelagerten Wirtschaftsbereich. Weitere 175 000 Beschäftigte sind mit staatlichen oder privatwirtschaftlichen Umweltschutzaufgaben betraut oder arbeiten im Export von Umweltschutzgütern. Denn auch in anderen Staaten steigt das umweltpolitische Bewußtsein. Ich glaube, daß das mittlerweile allen klar geworden ist.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Der Weltmarkt für Umwelttechnik mit einer jährlichen Wachstumsrate von 8 % wird auf ein Volumen von 300 Milliarden DM veranschlagt. Deutschland hat mit 21 % den höchsten Anteil - Nordrhein-Westfalen befindet sich dabei in der Bundesrepublik in der Spitzengruppe -, gefolgt von den USA mit 17 % sowie Japan mit 13 %.

(D)

Wir wollen in der Koalition den Umweltstandard in Nordrhein-Westfalen ausbauen, statt ihn abzubauen. Noch ist Nordrhein-Westfalens Umweltindustrie führend in der Welt. Noch! Aber hierbei handelt es sich vorwiegend um eine End-of-pipe-Technologie. Das wissen wir alle. Diese Technologie bedeutet einen zusätzlichen Verbrauch von Ressourcen. Das Ende einer solchen additiven Umwelttechnologie ist daher allein aus Kostengründen schon abzusehen.

Deshalb versucht eine Reihe von Unternehmen vor allem in Japan - zunehmend gilt das auch für Nordrhein-Westfalen -, eine integrierte Umwelttechnologie umzusetzen. Dies wollen wir in der Koalition unterstützen, beispielsweise mit der Landesinitiative eines produktionsintegrierten Umweltschutzes. Dort liegt der Schlüssel für eine zukünftige internationale Wettbewerbsfähigkeit in diesem Industriezweig. Das führt nicht nur zu

(Mai [GRÜNE])

- (A) einer Minimierung des Ressourcenverbrauchs, sondern auch die Produktionskosten werden gesenkt. Die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie wird dadurch gestärkt.

Umweltschutz bedeutet also nicht Standortnachteil, sondern Standortvorteil. Ein glaubhaftes Umweltmanagement und damit verbundene Marketingkonzepte bringen doch inzwischen Wettbewerbsvorteile gegenüber den Konkurrenten, nicht nur in Deutschland, sondern auch auf den internationalen Märkten. Wir können im Standortwettbewerb nur bestehen, wenn unsere Unternehmen in die Lage versetzt werden, neue Zukunftsmärkte zu erschließen. Das geht nicht über den Abbau von Umweltstandards, sondern durch die Fortentwicklung des Umweltschutzes und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente, die gezielte Anreize für diese Entwicklungen setzen können.

An diesem Punkt unterscheidet sich die Umweltpolitik der Opposition - wo ihre Alternativen sind, haben wir heute noch gar nicht gehört; vielleicht kommt das noch -

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

von der, die jetzt durch die neue Umweltministerin in der Praxis vorgeführt wird. Dies läßt sich auch am Umwelthaushalt ablesen: Trotz einer Finanzpolitik, die sich einem Abbau der Nettoneuverschuldung verschrieben hat - das habe ich auch als Umweltpolitiker nachdrücklich unterstützt und unterstütze es weiter - ist das Volumen des Einzelplans 10 nicht - wie das bisher üblich war - abgebaut worden. Umweltschutz ist eben nicht nur etwas für Schönwetterzeiten, sondern gerade in der jetzigen Zeit ist nicht weniger, sondern mehr Ökologie notwendig, um Innovationsprozesse anzustoßen, Zukunftsmärkte zu erobern. Dafür stehen wir in dieser Koalition. Das haben wir verabredet. Das ist im Haushalt abgebildet.

In diesem Zusammenhang verweise ich - weil es eben auch umweltrelevant ist - auf die Erhöhung der Fördermittel für die rationelle Energienutzung und erneuerbare Energien um 50 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die Verlagerung von Straßenbaumitteln in Höhe von mehr als 60 Millionen DM - über 33 % - zugunsten des Umweltverbundes muß an dieser Stelle genannt werden. Das sind investive Mittel, die Arbeitsplätze schaffen.

Die Einnahmen aus der Abwasserabgabe haben wir - nachdem in diesem Bereich zehn neue Stellen geschaffen worden sind - mehr als verdoppeln können. Erinnern Sie sich: Wir haben in der letzten Legislaturperiode genau diese bessere, zielge-

- (C) nauere Erhebung der Abwasserabgabe gefordert. Heute setzen wir das um. Diese Mittel werden zweckgebunden für Umweltschutzmaßnahmen ausgegeben, zukünftig vermehrt auch für Lösungen in der schwierigen Abwasserproblematik im ländlichen Raum, Herr Stump. Deshalb sind die drei von Ihnen vorgelegten Änderungsanträge gegenstandslos und werden von SPD und GRÜNEN heute abgelehnt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vielmehr erwarten wir die konstruktive Unterstützung der Opposition auch bei der Sicherung und dem Ausbau der Finanzierung der schwierigen Altlastensanierung und bei der Altlastengefährdungsabschätzung. Durch die verfassungsrechtliche Überprüfung des Lizenzmodells in Nordrhein-Westfalen ist dies in Frage gestellt. Die Bundesregierung hat die Vorschläge von Herrn Töpfer zur bundesweiten Erhebung einer Abgabe seinerzeit wieder eingemottet. Von Frau Merkel hört und sieht man überhaupt nichts mehr in dieser Frage. Herr Stump, ich fordere Sie auf: Setzen Sie sich in Bonn für den Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg ein. Dort regiert ja jedenfalls noch Herr Teufel.

(Werner Stump [CDU]: Und auch weiterhin!)

- (B) Die haben einen Gesetzentwurf zur Einführung einer bundesweiten Sonderabfallabgabe vorgelegt. Sie und ich wissen, daß wir die Sanierung von über 20 000 Altlasten in Nordrhein-Westfalen nur aus öffentlichen Haushaltsmitteln überhaupt nicht finanzieren können. Deshalb ist eine solche Sonderabfallabgabe auf Bundesebene notwendig. Machen Sie sich in Bonn dafür stark, daß Ihr Kollege Teufel sich dort durchsetzt, solange er noch an der Regierung ist.

(D) Auch solch ein Programm, das in der Lage ist, in der nordrhein-westfälische Umweltindustrie neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist dringend erforderlich. Für Hochwasserschutzmaßnahmen wurden über 5 Millionen DM mehr an Mitteln eingestellt. Wir haben bereits im Ausschuß darüber diskutiert, daß wir an dieser Stelle eigentlich ein Vielfaches an Geldern einsetzen könnten, um die Fehler der vergangenen Jahrzehnte auf diesem Gebiet zu beseitigen. Wir GRÜNEN werden deshalb weiter für eine Wasserentnahmeabgabe streiten.

Zum einen ist nämlich nicht einzusehen, warum die Förderung der Ressource Wasser völlig kostenfrei gestaltet werden soll, weshalb Wasserverschwendung nicht preislich sanktioniert wird.

(Mai [GRÜNE])

(A) Wasserschutz und Hochwasserschutz sind nicht zum Nulltarif zu haben. Die öffentlichen Haushalte werden auch dies nicht leisten können. Das Bundesverfassungsgericht hat ja die Grundwasserentnahmeabgabe in Hessen jüngst für mit der Verfassung vereinbar erklärt.

Das Umweltministerium wird sich verstärkt des Themas Elektrosmog annehmen. Auch das ist im Haushalt verankert. Die Dringlichkeit dieses Themas werden Sie nicht verneinen. Im Ausschuß haben wir darüber schon gesprochen und das thematisiert.

Ebenso ist die Ozonkampagne zu nennen, die eigentlich schon von Herrn Matthiesen in der letzten Legislaturperiode vorbereitet worden ist. Wir wissen doch alle, daß der nächste Sommersmog nicht mehr weit ist, viele Menschen besorgt nach den Ursachen, Vermeidungsmöglichkeiten und Konzepten fragen werden. Dann müssen wir Antworten geben können, Herr Stump.

(Werner Stump [CDU]: Aber nicht Kampagnen!)

(B) Meine Damen und Herren, nicht alle umweltpolitischen Maßnahmen und Aktivitäten sind haushaltsrelevant. So ist die Neuausrichtung der Abfallpolitik eher bedeutsam für die zur Zeit überforderten Gebührenhaushalte der Kommunen. Die Koalition will ökologisch verträgliche Konzeptionen umsetzen, die auch auf eine Akzeptanz in der Bevölkerung setzen können und zudem preisgünstiger sind als die überkommene einseitige Müllverbrennungspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mir ist vor kurzem ein Beschlußpapier der Frauenunion auf den Tisch gekommen, in dem nachzulesen ist, wie eine christdemokratische Umweltpolitik eigentlich beschrieben werden könnte. Ich zitiere, was dort geschrieben steht:

"An der Schwelle zum 21. Jahrhundert gehören zu den zentralen Herausforderungen in der Umweltpolitik der Klimaschutz, der Schutz der Erdatmosphäre und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Geradezu dramatisch zeigen sie, wie menschliche Eingriffe in die Natur zu einer noch nie dagewesenen Bedrohung der gesamten Menschheit werden."

Weiter sagt die Frauenunion:

"Wir müssen unsere Konsum- und Produktionsweisen grundlegend ändern, wollen wir

(C) nicht das Leben nachfolgender Generationen existenziell gefährden."

So äußert sich die Frauenorganisation der CDU.

Lieber Herr Stump, wenn Sie sich als Oppositionspartei nur einige dieser Vorschläge zu eigen machen würden, die Ihre Parteikolleginnen dort machen, könnten wir Ihre Reden etwas ernster nehmen. Ich zitiere noch einmal, welche Forderungen die Frauenunion aufgestellt hat:

"Die Umstellung der Wirtschaft auf eine umweltverträgliche Produktionsweise bedeutet auch eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch die Chance zur Modernisierung. Anstelle eines Ressourcen verbrauchenden Wachstums brauchen wir ein umweltverträgliches Wachstum, das heißt, ein Wachstum auf der Grundlage nachhaltiger Entwicklung."

Die Frauenunion tritt auch für eine ökologische Steuerreform ein und schreibt:

"Wer Energie stärker besteuert und Erwerbsarbeit dafür steuerlich entlastet, bekämpft gleichzeitig die mit der Energiegewinnung verbundene Umweltbelastung und die durch hohe Arbeitskosten verursachte Arbeitslosigkeit."

Zuletzt möchte ich folgendes zitieren:

(D) "Wir fordern, ökologische nicht gegen ökonomische Belange auszuspielen, weil dies bei der Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland unüberhörbar versucht wird."

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD] und der Heidemarie Berger [SPD])

Ich denke, Sie sollten sich auf diesen Weg begeben. Dann können wir hier auch miteinander streiten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Diese Koalition hat sich vorgenommen, in Nordrhein-Westfalen nachzuweisen, daß Arbeit und Umwelt kein Widerspruch sein müssen, sondern beide einander bedingen. Die Herausforderung und Meßlatte ist für uns, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Arbeitsplätze werden aber nur dann wirklich zukunftssicher sein, wenn sie im Einklang mit den umweltpolitischen Notwendigkeiten stehen.

SPD und GRÜNE haben den Bürgerinnen und Bürgern in ihren Koalitionsvereinbarungen versprochen - ich zitiere -, "ein Gegengewicht zur Bonner Koalition zu bilden, die keine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik betreibt und deren Umwelt- und

(Mai [GRÜNE])

- (A) Energiepolitik zu Lasten kommender Generationen geht." An diesem Versprechen wird die GRÜNEN-Landtagsfraktion die Politik dieser Koalition messen, nicht nur am nächsten Wochenende, sondern auch darüber hinaus. Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Mai. - Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Höhn das Wort. Bitte sehr.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Meine Damen und Herren! Herr Stump, Ihre Rede war wieder einmal voller Widersprüche. Wenn ein Schwarzer zu einer Grünen sagt: "Das hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut!",

(Zuruf des Werner Stump [CDU])

dann sage ich: "Herr Stump, es ist ja nett, Komplimente von der CDU zu bekommen." Das deutet darauf hin, daß Sie ein besonders positives Verhältnis zu den Grünen haben. Nur, bei solchen Komplimenten lugt das Eigeninteresse und die Klientelpolitik derart durch die Knopflöcher, daß ich mir genau überlege, ob ich ein solches Lob annehme oder nicht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Da ist das Eigeninteresse einfach stärker als alles andere.

Gehen wir doch einmal in die Einzelheiten, Herr Stump. Sie kommen zu den Umwelt-Gutachten und sagen: Diese Frau Höhn macht ja noch mehr Öffentlichkeitsarbeit als Herr Matthiesen. Da antworte ich: Ja, ich bin in der Tat auch für Öffentlichkeitsarbeit. Man muß Aufklärungsarbeit leisten. Das ist gar keine Frage und von uns noch nie abgelehnt worden.

(Reinhold Trinius [SPD]: Doch, bei uns haben Sie es bei Matthiesen damals abgelehnt!)

Dann schauen wir, wofür diese zusätzlichen Mittel ausgegeben werden, Herr Stump. Es gibt zwei Gutachten, die wir davon finanzieren. Das erste Gutachten bezieht sich auf die Forstverwaltung. Bei der Forstverwaltung haben wir gerade eine Organisationsuntersuchung hinter uns und enorm vielen Menschen mit einer großen Kraftanstren-

gung eine kw-Stelle aufgedrückt. In einem solchen Prozeß kommt es zu erheblichen sozialen Problemen. Dann machen wir jetzt genau das, was normalerweise die CDU immer vorschlägt - privatisieren, schlanker Staat usw. Wir geben ein Gutachten in Auftrag, um darüber auf der einen Seite Personaleinsparungen zu erreichen und auf der anderen Seite jungen Forstleuten, die eine Berufsausbildung hinter sich haben und diese Zeit überbrücken müssen, damit die Gelegenheit zu geben, in diesem Bereich tätig zu bleiben. Es ist eine Möglichkeit, in einem schwierigen Terrain soziale und ökologische Aspekte miteinander zu verknüpfen. Dem stellen wir uns, im Gegensatz offensichtlich zur CDU.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das zweite Umwelt-Gutachten, das genau diese Mehrkosten ausmacht, ist das Umwelt-Gutachten, das Sie immer gefordert haben. Sie haben gerade gesagt: Wir haben über die Abwasserabgabe enorme Ausgaben und Einnahmen, und die müssen wir zielgerichtet einsetzen. Genau für diesen Bereich machen wir ein Gutachten. Wir werden sehen, wie wir diese Mittel im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, im Sinne der Gebührenreduktion zielgerichtet unter ökologischen Gesichtspunkten einsetzen können. Das, was Sie oft genug mit Sprechblasen gefordert haben, wird von uns schon lange gemacht. Nur dann dürfen Sie es danach nicht auch noch kritisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zur Ozonkampagne: Wir wollen, daß die Bürgerinnen und Bürger anders als im letzten Jahr mehr über Ozonprobleme wissen. Wir wollen, daß sie vor allen Dingen auch mehr darüber wissen, was sie selber in ihrem Bereich machen können, a) um Vorläuferstoffe zu vermeiden, und b) um sich vor gesundheitlichen Problemen durch hohe Ozonwerte zu schützen. Diesen beiden Zielen dient die Ozon-kampagne, die wir rechtzeitig starten werden, damit die Leute, bevor die Werte hoch werden, wissen, was sie zu tun haben. So machen wir Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Denn die haben Interesse daran, über Ozon, Vorläuferstoffe und Gefahren von Ozon endlich fachgerecht aufgeklärt zu werden. Wir gehen dieses Problem an.

Bei den eigentlichen Politikkonzepten merkt man, Herr Stump, daß Sie schlechte Karten haben. Es ist eben deutlich geworden - auch durch die Reden von SPD und GRÜNEN -, daß wir einen ge-

(C)

(D)

(Ministerin Höhn)

- (A) meinsamen Weg gehen, bei dem Sie mit dem Spalt Ihrer Oppositionsarbeit gar nicht hereinkommen.

Bei der Abfallpolitik zum Beispiel haben wir ein Konzept entwickelt, das genau die Punkte, die Sie immer kritisiert haben, seit langem aufnimmt, nur: Eines nach dem anderen! Zunächst einmal schaffen wir Planungssicherheit. Das heißt: Wir müssen als erstes Daten erarbeiten, damit die Kommunen wissen, auf welchem Level sie zu planen haben. Das ist die restriktive Bedarfsprüfung. Und diese nimmt nicht allein das Ministerium vor, sondern das Ministerium führt sie gemeinsam mit allen Betroffenen durch: gemeinsam mit den Bezirksregierungen, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, gemeinsam mit den Naturschutzverbänden und gemeinsam mit der Abfallwirtschaft - unter Leitung des MURL und mit wissenschaftlicher Begleitung. Weil es aber ein Konzept ist, was von allen angenommen, von allen akzeptiert wird, stinkt Ihnen das, denn Sie haben nichts mehr zu kritisieren. Deshalb ist Ihre Kritik plötzlich hohl und leer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Wir haben uns in der Abfallwirtschaft auf sehr gute gemeinsame Ziele geeinigt. Und auch das ärgert Sie! Wir sagen eindeutig: Wir wollen nicht die Kommunen bevorzugen, die möglichst lange Müll unbehandelt ablagern wollen. Das geht nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen eindeutig - darin zeigt sich übrigens eine Kontinuität zwischen der Politik der letzten und der jetzigen Landesregierung -: Wir wollen keine Müllimporte und -exporte, sondern wir wollen in NRW alleine für unseren Müll zuständig sein, aber natürlich nicht zusätzlich noch für den Müll aus anderen Ländern. Eine Kontinuität an diesem Punkt!

Eindeutig sagen wir auch: Vorbehandlung muß sein! Deshalb Auslastung der vorhandenen Vorbehandlungsanlagen mit NRW-Müll. Die Alternative wäre, wenn man nichts unternähme, möglichst lange unbehandelt abzulagern. Wenn Sie das wollen, dann sollen Sie es bitte auch kundtun, dann sollen Sie den Leuten auch erklären, daß Sie die Zeitbomben von morgen schaffen wollen. Bitte schön, dann erzählen Sie das den Leuten. - Wir wollen das nicht!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Deshalb sagen wir: Wir wollen hier in der Tat Vorbehandlungsanlagen schaffen, um die Vorschriften der TA Siedlungsabfall zu erfüllen. Und erfüllen wollen wir sie auch durch den Einsatz biologisch-mechanischer Anlagen, und zwar insbesondere deshalb, weil wir den Bürgerinnen und Bürgern über Gebührensteigerungen eine ökologische und eine soziale Lösung anbieten müssen. Das gewährleistet dieses Verfahren; darauf haben wir uns geeinigt. Das stört Sie, das ärgert Sie; ich verstehe das, aber es nützt Ihnen nichts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir doch zu den anderen Punkten, etwa zum Abwasser, der Abwasserabgabe, dem, was wir in diesem Bereich vorhaben. Hier haben wir die Gelegenheit, mit einem großen Programm, mit den zusätzlichen Einnahmen - und auch dies ist ein Beispiel für Kontinuität, denn es war in den vergangenen Jahren bereits dadurch angelegt, daß man sinnvollerweise zeitnäher erfaßt und damit eine alte politische Forderung erfüllt hat - ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Ihnen hilft der von Ihnen eingebrachte Antrag für ein Memorandum insofern überhaupt nichts. Denn ich habe selber den Ort, der offensichtlich Anlaß Ihres Antrages war, besucht, nämlich Hellenthal. Hier muß man sicherlich eine Lösung finden, eine Lösung für einen Ort. Aber daraus die Forderung abzuleiten, wir brauchten ein Memorandum für das ganze Land, das ist in der Tat Klientelpolitik, ist das, was Sie uns immer vorwerfen. Das wollen wir nicht!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Deshalb gehen wir mit diesem Problem erheblich verantwortungsvoller um als Sie.

Jetzt zu einem aus meiner Sicht ganz wichtigen Punkt, dem Punkt "Altlasten". Ich sage eindeutig: Wir werden alle Kraft einsetzen, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine Lösung in dieser Situation zu finden, damit auch in Zukunft in diesem Lande die notwendige Sanierung von Altlasten fortgeführt werden kann. Wir werden Lösungen gemeinsam mit dem AAV finden müssen. Und da nützt keine vehemente Rede, sondern nur ein klarer Kopf und Verhandlungen mit den Betroffenen. Das tun wir; in diesem Sinne sind wir schon lange konstruktiv tätig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angesprochen haben Sie das Hochwasser. - Ich sage: In der Tat arbeiten wir auch weiter an dem

(C)

(D)

(Ministerin Höhn)

(A) Hochwasserprogramm. Es sind gute Ansätze vorhanden; sie werden weiterentwickelt. Deshalb ist das, was wir in Nordrhein-Westfalen leisten, nur im Rahmen eines gemeinsamen Konzeptes sämtlicher rheinanliegender Bundesländer zu verstehen. Jeder muß seinen Teil leisten; wir leisten unseren Teil, die anderen leisten ihren Teil. Genau dieses Konzept nützt dann auch Köln, nützt den Städten in Nordrhein-Westfalen, aber nur dann, wenn es gemeinsam erfolgt, gemeinsam in Solidarität der Rhein-Länder, und nicht in Form irgendeiner Klientel- oder Vor-Ort-Politik nach dem Motto: Na ja, das nützt vielleicht nur den Niederländern, deshalb wollen wir es hier nicht machen. - Wir wollen ein gemeinsames, solidarisches, internationales Konzept. Sie müssen den Leuten sehr deutlich erklären, ob Sie dabei mitmachen wollen oder nicht. Wir wollen es!

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Abschließend noch zu zwei weiteren wichtigen Punkten! - An einem dieser Punkte wird besonders deutlich, wo Arbeit und Umwelt zusammengehen können. Dies ist das Thema Emscher und Seseke. Wir wollen deutlich machen, daß hier eine enorme Aufgabe angepackt wird, daß ein Fluß wirklich wieder in einen Zustand versetzt wird, wie er normal und sinnvoll ist. Dies ist eine Riesenaufgabe. Rot-Grün wird gemeinsam dafür sorgen, daß diese Aufgabe, die eigentlich nur von mehreren Generationen zu leisten ist, angepackt und gelöst wird.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(B) Als letztes zu dem Punkt, bei dem Sie wirklich Ihre Art von Politik auf die Spitze treiben, nämlich bei Garzweiler. In der Tat vertreten wir dazu unterschiedliche inhaltliche Positionen. Eines aber ist uns gemeinsam: Die Ernsthaftigkeit der Behandlung der Probleme der Leute vor Ort. Deshalb werden wir mit dem Umsiedlungsbeauftragten die vor Ort vorhandenen Probleme, die Probleme ---

(Zuruf des Werner Stump [CDU])

- Ja, gerade weil meine Position so ist, bin ich dafür, diese Stelle einzurichten; es ist meine Initiative. Die Leute vor Ort wollen, daß sich jemand um sie kümmert, der mit ihnen gemeinsam diese schwierige Situation besteht. Darin zeigt sich unsere Ernsthaftigkeit, mit den Menschen vor Ort in dieser schwierigen Situation umzugehen. Sie haben dafür kein Verständnis, weil Sie kein Verständnis für die Leute vor Ort haben, sondern nur

Interesse an einem kurzfristigen politischen Erfolg. Das ist der Unterschied! (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Schwachsinn!)

Und weil Sie vorhin Ihre Rede mit dem Ausspruch: "Rot-Grün macht Deutschland fix und fertig!" beendet haben, möchte ich Ihnen jetzt darauf antworten: Bundeskanzler Kohl

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Ein guter Mann!)

- ein guter Mann? - was hat er in seinen 13 Jahren geschafft? In diesen 13 Jahren hat er die Arbeitslosigkeit in diesem Land verdoppelt. Soviel Arbeitslose kann Rot-Grün gar nicht schaffen, wie dieser Mann sie mit seiner verfehlten Wirtschaftspolitik!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Und was Kohl nicht schafft - Kohl macht dieses Land fertig! -, schafft Waigel. Er gibt diesem Land den Rest. Das ist das Problem in diesem Land. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Ministerin. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lindlar das Wort. (D)

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin! Sie haben sich zu Lautstärken hinreißen lassen, die wir von Ihnen noch nicht so gewohnt sind. Ich nehme aber zur Kenntnis, daß Sie sich damit wohltuend von dem Redner der SPD, von Herrn Dr. Kasperek, unterscheiden, dessen peinliche Lobhudelei auf diese Koalition nach den gestrigen unverhohlenen Abneigungen, die deutlich wurden, nicht zu überbieten war.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Frau Ministerin! Eines sollen Sie wissen: "Uns stinkt nichts", um Ihre Wortwahl aufzugreifen, was der Umweltpolitik in diesem Lande dient. Wenn Sie die Dinge richtig machen, werden Sie uns auch auf Ihrer Seite finden.

Nur erheben Sie, seit Sie das Amt innehaben, den Anspruch, die Dinge neu zu regeln, neue Gedanken zu haben und eine neue Politik zu machen.

(Lindlar [CDU])

- (A) Sie müssen aber Anspruch und Wirklichkeit aneinander messen lassen.

Nehmen wir das Beispiel der Abwasserpolitik heraus. Sie haben zum Beispiel im Gespräch mit den Berichterstattern in Ihrem Ministerium Anfang Januar - die Unterlagen liegen uns als Vorlage vor - erklärt, daß Sie eine neue Abwasserpolitik machen wollen, daß Sie über dezentrale Lösungen im ländlichen Bereich nachdenken, daß Sie daran denken, unter Umständen sogar den Kleinkläranlagenersatz vom 06.12.1994 zu ändern.

Nur, Frau Ministerin - das haben Sie eben noch einmal deutlich gemacht - im gleichen Atemzug verdammen Sie das Moratorium - nicht Memorandum -, das die CDU hier beantragt hat, in Grund und Boden. Was haben wir gewollt? Ich wiederhole es: Wir wollen den Gemeinden ein Jahr Zeit geben, damit sie ihre alten Planungen und Konzepte zur Abwasserbeseitigung überprüfen können.

Wir haben vor wenigen Tagen in Anwesenheit des Innenministers und eines hochrangigen Vertreters Ihres Hauses die Umweltberatung Nordrhein-Westfalen eröffnet, nämlich die Beratung für die Kommunen in Abwasserfragen durch eine gemeinsame Stelle von Land und von Städte- und Gemeindebund.

(B)

Da ist deutlich geworden, daß die größten Einsparpotentiale in der Phase der Konzeption der Abwasserentsorgung - sowohl der Abwasserableitung als auch der Reinigung - liegen. Um diese Konzeption auf Ihre neuen Gedanken umzustellen, brauchen die Gemeinden Zeit. Sonst werden nämlich jetzt Investitionen in Millionenhöhe für die nächsten Jahre festgelegt, und zwar die letzten Investitionen. Dann ist die Zeit vorbei.

Ich frage Sie: Wie sollen die Gemeinden Ihre neue Abwasserpolitik umsetzen, wenn Sie ihnen keine Zeit geben, ihre Konzepte zu überprüfen?

(Beifall bei der CDU)

Diese Abwasserberatungsstelle kommt sowieso fünf Jahre zu spät. Das wissen wir alle in diesem Haus.

(Reinhold Trinius [SPD]: Haben Sie sie denn vor fünf Jahren gefordert?)

- Ich persönlich sogar, Herr Kollege Trinius, habe mehrfach von dieser Stelle aus Herrn Matthiesen vorgeworfen, daß er in seinem großen Ministerium für diese wichtige Aufgabe keinen Platz und kein Personal hatte.

Wir haben jetzt diese Stelle geschaffen. Der Herr Innenminister hat sie mit lobenden Worten bedacht. Diese Beratungsstelle wird aber erst im Sommer diesen Jahres beratungsfähig sein. Ich frage Sie, Frau Ministerin: Wie sollen die Gemeinden Ihre neue Abwasserpolitik umsetzen, wenn sie erst dann beraten werden können?

(C)

Meine Damen und Herren! Ich will gar nicht den Punkt der Gebührensубventionierung im Abwasserbereich ansprechen. Nur eines halte ich fest, Herr Ministerpräsident, da Sie hier sind: Die Regierung unter Ihrer Führung ist dabei, Wortbruch an den Bürgern in diesem Land zu begehen.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau [SPD]: Nein!)

Sie haben im vorigen Jahr eine Abwassergebührensубventionierung eingeführt, die in der Tat den Problemen gerecht wurde. Sie wird dieses Jahr zurückgenommen. Sie müssen sich den Vorwurf des Stimmenkaufs im ländlichen Raum gefallen lassen, den Sie mit Ihrer Abwasserpolitik hier betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Frau Ministerin! Was ich beim Thema Abwasserabgaben abspielt, ist ein Kernskandal. Man muß das dem Bürger einmal sagen: Offensichtlich waren Ende des Jahres 1994 schon 90 Millionen DM an Haushaltsresten angehäuft. Inzwischen haben wir hier 340 Millionen DM Bürgergeld liegen, denn es wird über die Gebühren der Bürger einbezahlt. Dieses Geld nutzt der Finanzminister, indem er es als internes Darlehen in seinem Haushalt hin- und herschiebt.

(D)

Frau Ministerin, hier sind in der Tat nachdrückliche Maßnahmen notwendig, damit diese Abwasserabgabe den Bürgern auch zurückgegeben wird. Geben Sie sie denjenigen Bürgern durch Förderungen zurück, die von Gebühren unverhältnismäßig hoch belastet werden.

Ein letztes Wort, Herr Präsident, zum Thema Hochwasser: Sie haben ein Programm für dringende Deichbausanierungen in Ihrer Pressekonferenz Anfang des Jahres mit geschätzten Gesamtkosten von etwa 600 Millionen DM vorgelegt. In Ihrem Haushalt sind 50 Millionen DM veranschlagt. Sie wollen also in den nächsten zwanzig Jahren dringende Deichbausanierungen in Nordrhein-Westfalen durchführen. Ich frage mich, was unter dem Gesichtspunkt das Wort "dringend" zu suchen hat.

(Lindlar [CDU])

- (A) Sie wollen Rückhalteräume mit einem bescheidenen Ansatz von 24 Millionen DM pro Jahr ausbauen. Davon haben Sie Köln vor kurzem allein über 80 Millionen DM für die nächsten paar Jahre zugesagt. An dem Ausbau von Rückhalteräumen werden Sie mindestens 15 Jahre bauen. Hierzu haben wir eindeutige Anträge gestellt.

Ich will gar nicht fragen, was angesichts dieser Fragen aus dem Gewässerauenprogramm werden soll. Wird es das gleiche Schicksal erleiden wie die Landschaftspläne - teure Planungen und nichts, was verwirklicht werden kann?

Zum Schluß, meine Damen und Herren, sehr verehrte Frau Ministerin: Auch diese Rückhalteräume und die Deichbausanierungen helfen nicht den Menschen in Bonn, in Köln und in Düsseldorf. Für diese können Sie aber etwas tun, was kein Geld kostet. Sie müssen nämlich - daran werden wir Sie binden und messen - mit den Oberliegern am Oberrhein, mit Rheinland-Pfalz, mit Hessen, mit Baden-Württemberg sprechen, die keinerlei Konzepte erkennen lassen, wie sie das Hochwasser für den Bereich des Mittelrheins und des Niederrheins eindämmen wollen.

Da können Sie arbeiten. Wir fordern Sie auf, daran in Gesprächen mit Ihren maßgeblichen Kollegen und Kolleginnen zu arbeiten. Wir werden Sie daran messen, was Sie in Zukunft an neuer Politik hier leisten können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Lindlar. - Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Strehl.

Klaus Strehl (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Stump, Sie haben vorhin bei Ihrer Rede, gewandt an den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Matthiesen, darauf hingewiesen, Sie hätten heute einen hellen Anzug an, seien besonders kampfbereit

(Werner Stump [CDU]: Freundlich gestimmt!)

und würden heute morgen eine alternative Umweltpolitik darstellen. Bei Ihrem Auftritt, lieber Herr Stump, ist mir nur eines haften geblieben: Ihr heller Anzug. Er ist übrigens sehr schön. Das ist

aber das einzige, was Sie an neuen Aspekten bei Ihrem Auftritt verdeutlicht haben. (C)

(Beifall bei der SPD)

An Umweltpolitik habe ich keine einzige Akzentsetzung gehört, die es verdienen würde, darüber einmal im Ausschuß vertiefend zu sprechen. Es sind die gebetsmühlenartig vorgetragenen Überlegungen, die Sie schon seit fünf, sechs, sieben Jahren zum Ausdruck bringen. Wären Sie schon so weit wie beispielsweise die Frauenunion, die ja wirklich dezidierte umweltpolitische Vorschläge gemacht hat, wären wir froh. Ich kann der CDU-Fraktion nur empfehlen, sich auf die Überlegungen der Frauenunion zu besinnen und sie zum Gegenstand ihrer umweltpolitischen Zielsetzungen im nordrhein-westfälischen Landtag zu machen.

Herr Lindlar hat zwar keinen hellen Anzug an, aber in der Kontinuität ist er ebenso zu bewerten wie Sie, lieber Herr Stump. Herr Lindlar, was Sie zum Beispiel zu den Abwassergebühren gesagt haben, war auch nur eine bruchstückhafte, konzeptionslose Darstellung bestimmter Fakten, bestimmter Halbwahrheiten, die für sich genommen noch kein vernünftiges Gesamtbild ergeben. Sie haben übrigens vergessen, darauf hinzuweisen, daß wir für die besonders belasteten Gemeinden vor einigen Jahren über das Gemeindefinanzierungsgesetz 10 Millionen DM eingesetzt haben. (D)

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Dieser Vorschlag, lieber Herr Lindlar, kam nicht von Ihnen, sondern kam damals von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie vergessen, in Ihren Ausführungen deutlich zu machen.

Insofern kann man in der Tat - und das war keine Lobhudelei, die Herr Dr. Kasperek hier vorgetragen hat -, wenn man sich einmal die Erfolge vergewärtigt, mit der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen insgesamt gesehen mehr als zufrieden sein. Wir sind stolz darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, daß diese erfolgreiche Umweltpolitik der letzten Jahre jetzt kontinuierlich durch Frau Ministerin Höhn fortgesetzt wird. Ihr an dieser Stelle ein Wort des Dankes für die erfolgreiche Arbeit im letzten Jahr!

Auf einen Punkt, nämlich die Frage der Abfallwirtschaftspolitik, möchte ich noch besonders zu sprechen kommen. Dazu will ich, meine sehr ver-

(Strehl [SPD])

- (A) ehrten Damen und Herren, drei Anmerkungen machen, weil hier insbesondere die Kommunen sehr stark involviert sind.

Erstens ist und bleibt es für die SPD-Fraktion unverzichtbar, daß die Behandlung und Entsorgung von Siedlungsabfällen auf dem höchstmöglichen Niveau durchgeführt wird. Das Deponieren von unbehandelten Abfällen ist unverantwortlich. Wir würden - das haben Sie vorhin auch ausgeführt, Frau Ministerin Höhn - in der Tat die Altlasten von morgen schaffen, wenn wir uns zu einer solchen Politik verstehen würden.

Es muß daher ganz klar sein, daß dies nur noch in begrenzten Ausnahmefällen und auch nur noch für einen begrenzten Zeitraum zugelassen werden kann. Das bedeutet, daß freie Kapazitäten in Müllverbrennungsanlagen und gegebenenfalls auch in anderen Vorbehandlungsanlagen in jedem Falle ausgenutzt werden müssen. Es darf keine ungenutzten Vorbehandlungskapazitäten im Lande Nordrhein-Westfalen geben.

Der zweite Eckpunkt der Abfallpolitik muß lauten: Es darf bei der Vorbehandlung kein Öko-Dumping geben. Sie wissen, meine Damen und Herren, im Kreis Düren läuft ein Versuch einer biologisch-mechanischen Abfallbehandlungsanlage. Im jetzt vorliegenden Haushalt für 1996 sind Fördermittel für derartige Versuchsanlagen auch vorgesehen. Ich betone aber, es handelt sich hierbei um einen Versuch. Ein Versuch wird nicht unternommen, um bereits vorher feststehende Ergebnisse abzusichern, sondern um neue Erkenntnisse zu sammeln.

- (B)

Nur dann, wenn diese Versuchsreihen ergeben sollten, daß biologisch-mechanische Behandlungsanlagen entweder allein oder im Verbund mit anderen Systemen ökologisch vertretbare Ergebnisse bringen, können sie als Vorbehandlungsanlagen akzeptiert werden. Das Material, das letztlich auf die Deponie gelangt, darf jedenfalls nicht mehr reaktionsfähig sein.

Ich will einen dritten Punkt ansprechen. Es darf keine Bestrafung derjenigen Städte und Kreise geben, die sich in den letzten Jahren bemüht haben, die abfallpolitischen Vorgaben und gesetzlichen Erfordernisse von Bund und Land umzusetzen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es zum Teil berechnete Unruhe im kommunalen Bereich gibt. Wenn heute in einzelnen Teilen des Landes auf sogenannten Altdeponien, die in keiner Weise modernen Umweltstandards entsprechen, zu Billigpreisen Müll abgekippt wird, dann treibt das

automatisch die Kosten der modernen High-Tech-Deponien und der Müllverbrennungsanlagen, die dann nicht mehr ausgelastet sein können, in die Höhe.

(Beifall bei der SPD)

Das sagt schon die Logik. Wenn wir dies weiter zuließen, würden wir in der Tat diejenigen belohnen, die in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben eben nicht gemacht haben, und zugleich die Körperschaften bestrafen, die die gesetzlichen Vorgaben damals rechtzeitig umgesetzt haben.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Die Zeche dafür müßten wieder einmal die Gebührenzahler tragen, und das werden wir nicht zulassen. Die SPD wird jedenfalls darauf achten, daß künftige Verbundlösungen und die notwendigen landespolitischen Vorgaben für die weitere Abfallwirtschaftspolitik nicht zu Lasten dieser gerade genannten Gruppe gehen dürfen.

Ein Wort noch, meine Damen und Herren, zur Frage der Zukunft des Altlastensanierungsverbandes. Die SPD hat dazu in der vergangenen Woche noch einmal ihre grundsätzliche Haltung zum Ausdruck gebracht. Entgegen der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster halten wir nämlich das Lizenzmodell nach wie vor für verfassungsgemäß. Die Anhörung im Umweltausschuß hat auch deutlich gemacht, daß die Zustimmung zu diesem Modell ständig weiter wächst. Wir appellieren an dieser Stelle an die Industrie, durch freiwillige Zählungen den AAV aufrechtzuerhalten und seine für die Kommunen geradezu segensreiche Tätigkeit im Bereich der Altlastensanierung weiter zu ermöglichen.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

An die Landesregierung haben wir die ganz dringende Bitte, nicht durch aufsichtsrechtliche Maßnahmen oder einen unnötigen Zeitdruck die Lösung der anstehenden Probleme möglicherweise zu verzögern oder gar unmöglich zu machen.

Meine Damen und Herren, ich will auch noch einmal zu Ihrem Schlußwort kommen, Herr Stump. Sie haben gesagt, die Umweltpolitik des Landes oder Rot-Grün mache das Land fix und fertig. Wenn wir Ihre - allerdings nur in Spurenelementen vorhandene - Umweltpolitik umsetzen würden, dann kämen wir zurück in die Zeit der ungebremsten Fortschrittsüberlegungen der fünfziger Jahre, dann hätten wir - auf deutsch - überhaupt keine Umweltpolitik. Das Land kann froh sein, daß es eine konzentrierte, vernünftige, auf den Ausgleich

(C)

(D)

(Strehl [SPD])

(A) von Ökologie und Ökonomie ausgerichtete Politik hier in Nordrhein-Westfalen hat. Sie haben dazu in der Tat keine Alternative.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Strehl. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Mai.

Gerd Mai (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich will noch auf einige Punkte eingehen, die von der CDU angesprochen worden sind und die - glaube ich - deutlich gemacht haben, daß die CDU hier im Hause überhaupt keine Konzeption für eine Umweltpolitik hat. Das, was sie will, ist Moratorium, Stop der Planung und Umsetzung der Abwasserkonzepte.

Bei der Abfallpolitik ist es ähnlich. In der letzten Legislaturperiode haben Sie noch diesen Erlaß zur TA Siedlungsabfall gefordert, Sie haben gefordert, daß er gestoppt wird, daß er so gestaltet wird, daß auch Alternativen möglich sind, daß man nach Vorbehandlung auch weiter deponieren kann. Heute sind Sie die eifrigsten Verfechter der Müllverbrennungspolitik, obwohl wir überall Überkapazitäten bei der Müllverbrennung haben. Ihnen gehen doch die Argumente aus.

(B)

Wir haben eine Neuausrichtung der Abfallpolitik, die zum einen versucht, das Chaos in der Abfallpolitik zu beseitigen, die aber auch versucht, die Gebührenexplosion in den Griff zu bekommen, und die versucht, ökologische Standards und Akzeptanz bei den Bürgern und Bürgerinnen zu erreichen. Wenn das keine Neuausrichtung einer Abfallpolitik ist, die zum Erfolg führen wird, dann weiß ich es nicht.

Zweiter Punkt: Sonderabfall. Die Ministerin hat vor kurzem das neue Rahmenkonzept "Sonderabfall" vorgelegt. Dort haben wir eine veränderte Position. In der letzten Legislaturperiode waren noch vier Sonderabfallverbrennungsanlagen und mindestens drei oder sogar vier Sonderabfalldeponien vorgesehen. Das neue Sonderabfallrahmenkonzept sagt: Es ist keine Neueinrichtung von Sonderabfallentsorgungsanlagen mehr notwendig. Das, was wir mit der Vorlage des Gutachtens des Öko-Instituts gesagt haben - 30 bis 40 % Sonderabfallvermeidung und -verwertung sind möglich -, ist inzwischen in den Prognosen für das Jahr 2000 nachgewiesen. Ich glaube, diese Argumente gehen auch Ihnen ein.

Jetzt macht das Umweltministerium das, was auch Sie immer gefordert haben: Es bittet alle an einen Tisch - die Bezirksregierungen, die Entsorgungsunternehmen, sogar die Naturschutzverbände und auch die kommunalen Spitzenverbände - und arbeitet an einem gemeinsamen Abfallwirtschaftskonzept für das ganze Land mit Aufarbeitung des Datenchaos. Jetzt stimmt es wieder nicht. Was wollen Sie denn? Sagen Sie doch einmal deutlich, was Sie wollen!

(C)

Bei der Neuausrichtung der Abwasserpolitik sind wir Ihnen doch wirklich entgegengekommen. Lesen Sie nach, was im Koalitionsvertrag für die Abwasserpolitik im ländlichen Raum steht. Da wollen wir einen Schwerpunkt setzen, auch mit den Mitteln, die wir jetzt bei der Abwasserabgabe vermehrt haben. Wir wollen nicht alles in die Rheinschiene oder in das Ruhrgebiet pumpen. Die Ministerin war vor Ort. Wir machen eine Neuausrichtung der Abwasserpolitik, gestützt auch auf wissenschaftliche Gutachten. Und wieder ist es Ihnen nicht recht. Ich verstehe das nicht.

Ein letztes Wort noch zur Landesplanung! Wenn Sie den Haushalt aufmerksam gelesen haben, wissen Sie, daß dort ein Gutachten im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Landesentwicklungsprogrammgesetzes verankert ist. Genau da sehen wir auch Reformbedarf. Klicken Sie sich ein in die Diskussion, entwickeln Sie Alternativen. Dann können wir darüber auch fachlich diskutieren, und dann kommen wir zusammen weiter.

(D)

Vielleicht noch ein letztes zu dem Thema, das wir jede Woche hier behandeln: Garzweiler II. Ich denke, Sie instrumentalisieren das, was die Bürger und Bürgerinnen vor Ort durch die Situation zu erleiden haben. Wenn wir mit den Bürgern und Bürgerinnen reden wollen, wenn wir sie fachlich beraten und unterstützen wollen, dann lehnen Sie das wieder ab, dann instrumentalisieren Sie das wieder für Ihre plumpe Polemik, Herr Stump.

(Werner Stump [CDU]: Das ist totaler Quatsch, was Sie sagen!)

Unterstützen Sie das, was die SPD unterstützt und was wir unterstützen, nämlich einen Beauftragten der Landesregierung zu installieren, der sich um die Folgen dieser Tagebaupolitik und dieser Tagebauplanungen und um die Betroffenen kümmert.

(Werner Stump [CDU]: Das ist doch nichts Neues!)

(Mai [GRÜNE])

- (A) Unterstützen Sie uns dabei, anstatt das immer zu instrumentalisieren. Ich sage das auch mit Bezug auf das, was hier gestern von Herrn Meyer artikuliert worden ist zu dem, was angeblich Herr Clement gesagt haben soll. Wenn Sie das genau nachlesen - wir beobachten das natürlich -, dann hat er doch nicht für die Landesregierung gesprochen, sondern hat die bekannte Position, die Sie auch im Koalitionsvertrag wiederfinden, dort vortragen. Und die Antwort von Herrn Farnung, RWE-Chef, war: Die Landesregierung hat die Zweifel an der Planungssicherheit für Garzweiler II nicht zerstreuen können. Und das ist so.

Ich denke, die Zeit wird für uns arbeiten, wenn auch die Klagen inzwischen zuhauf - über ein halbes Dutzend - dem Verfassungsgerichtshof und dem Verwaltungsgericht vorliegen, die Klagen aus einer ganzen Region. Aber auch die energiewirtschaftlichen und die energiepolitischen Rahmenbedingungen ändern sich. Die Zeit arbeitet für uns. Schauen Sie in das neue Prognos-Gutachten. Im Vergleich zu 1991 sind nicht mehr einprozentige Zuwachsraten im Stromverbrauch signalisiert, sondern sie sind fast halbiert worden. Das bedeutet auch etwas für Garzweiler II und für die Braunkohle. Schauen Sie in die neuen Bundesländer, wo die Kraftwerke mit Überkapazitäten arbeiten. Ähnlich wie in der Abfallpolitik wird es auch eine Wende in der Energiepolitik geben. Warten Sie ab oder beteiligen Sie sich an der Diskussion.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Mai. - Für die Landesregierung spricht die Frau Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Meine Damen und Herren! Auf einige Punkte möchte ich noch einmal eingehen, weil hier auch einiges falsch dargestellt worden ist. Wenn wir uns die Hochwasserkonzepte ansehen, dann müssen Sie das sehr klar und sehr deutlich darstellen und nicht alles durcheinanderbringen. Wir haben nämlich in Nordrhein-Westfalen eine besondere Struktur, und deshalb kann man nicht verschiedene Zahlen in einen Topf werfen.

Besondere Struktur heißt, daß der Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen eindeutig nicht originäre Landesaufgabe ist, sondern daß wir auf

der einen Seite zwar Landesaufgaben haben, aber auf der anderen Seite auch Deichverbände, die vor Ort stark verankert sind. Das ist übrigens vom Hochwasserschutz her eine sehr gute Idee. Die Leute vor Ort, die hinter dem Deich wohnen, müssen nämlich die Erkenntnis haben und wissen, daß es hier eine Gefahr gibt. Mit der Eigenbeteiligung finanzieren sie den Deich, der sie und ihren Standort sichert, selber mit. Sie müssen dazu ein Verhältnis entwickeln. Dafür haben wir hier in Nordrhein-Westfalen, eine gute Struktur, weil sie insbesondere mit den Betroffenen vor Ort verzahnt ist.

(C)

Deshalb kann man die 80 Millionen DM von Köln und die 600 Millionen DM nicht in einen Topf werfen. Das gehört nicht in einen Topf. Denn die 80 Millionen DM wendet die Stadt Köln für ihr eigenes Hochwasserkonzept auf. Dann gibt es Unterstützungsmaßnahmen vom Land, vom Bund usw.

Es wäre totaler Unsinn, wenn wir sagen würden: Wir brauchen 600 Millionen DM für dringende Deichbausanierungen, weil die Deiche alle rott sind. So etwas habe ich auch noch nie gehört. Diese 600 Millionen DM betreffen einen ganzen Strauß von Maßnahmen: die Sanierung von Deichen, die Finanzierung von Rückhaltebecken, Renaturierung von Fließgewässern und so weiter und so fort. Es sind also viele Positionen.

(D)

Wir haben Deiche, die dringend saniert werden müssen. Aber wir haben das alles im Griff. Inzwischen wurden schon 20 km Deich saniert, 13 km sind im Bau, und an 7 km werden Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Für weitere 20 km Deich ist das "Deichrettungsverfahren" durchgeführt, und für weitere 20 km wird das "Deichrettungsverfahren" durchgeführt. Das heißt: Wir haben einen Plan, und wir haben eine große Aufgabe. Wir werden etwa eine Generation brauchen, um diese Aufgabe zu erfüllen. Das muß man den Leuten nur klarmachen.

Deshalb hilft es überhaupt nichts, wenn man sagt: Nordrhein-Westfalen macht ab morgen nichts mehr - das war ja Ihre Aussage -, das haben nur noch die Deichoberlieger zu tun.

(Zurufe von der CDU)

Das ist Kirchturmspolitik, hier nichts zu machen und alles auf die anderen Bundesländer abzuschieben.

(Zurufe von der CDU)

(Ministerin Höhn)

- (A) - Das ist hier eindeutig gesagt worden: Nur das, was die anderen machen, nutzt Köln, und das, was wir machen, nicht.

Das Ganze ist ein Gesamtkonzept, und nur in diesem Gesamtkonzept ist es dann auch erfolgreich. Nordrhein-Westfalen wird seinen Teil einbringen, wird solidarisch seinen Anteil an diesem internationalen Konzept beitragen.

Der letzte Punkt, der mir ganz wichtig ist, ist die Aufgabe des Umsiedlungsbeauftragten. Ich bitte Sie alle in diesem Plenum, die Aufgabe des Umsiedlungsbeauftragten aus der parteipolitischen Diskussion herauszuhalten. Das würde nur den Betroffenen schaden. Eine Person, die den Betroffenen vor Ort helfen will, muß integer sein, sie muß dort das Vertrauen genießen und darf vor allen Dingen nicht in die politischen Querelen hereinkommen. Dann könnte sie ihre Arbeit gar nicht richtig machen. Deshalb bitte ich Sie, daß Sie bei diesem Punkt endlich an die Bevölkerung und deren Bedürfnisse denken, daß Sie hier mitziehen und wenigstens an diesem einen Punkt Ihre politischen Ideen hintanstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Frau Ministerin, würden Sie eine Frage von Herrn Lindlar beantworten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Ja.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Lindlar, bitte!

Hans Peter Lindlar (CDU): Frau Ministerin, es geht ja auch darum, daß wir Ihre Ausführungen hier richtig verstehen. Sie haben gerade gesagt, daß die 600 Millionen DM, die ich genannt habe, ein Gesamtpaket aus Sanierung, Deichbau, Gewässerrennenprogramm sei.

Ist es richtig, Frau Ministerin, daß Sie in der Pressekonzferenz vom 10. Januar 1996 wörtlich gesagt haben:

"Um Menschen und Industrieanlagen vor unmittelbaren Schäden durch Hochwasser zu schützen, müssen am Rhein insgesamt 150 km Erddeiche grundsaniert werden. Dies ist um so dringlicher, als die teilweise Jahr

hunderte alten Bauten schon seit 1980 nun zum fünften Mal extremen Belastungen ausgesetzt waren."

Also 150 km Grundsanierung. Ist es richtig, daß der Kilometer Grundsanierung etwa 5 Millionen DM kostet; davon 4 Millionen DM Landesmittel? Ist es dann richtig, daß 600 Millionen DM allein für die Grundsanierung notwendig sind?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Herr Lindlar, was Sie eben gesagt haben, war etwas anderes. Sie haben gesagt, 600 Millionen DM brauchte man allein für die dringenden Maßnahmen. Das ist in der Tat falsch, und das habe ich hier kritisiert. Wir haben ein großes Programm, das auf 20 Jahre angelegt ist. Aber wir brauchen nicht 600 Millionen DM für dringende Maßnahmen. Wenn wir dringende Maßnahmen in einem solchen Umfang hätten und nächstes Jahr damit rechnen müßten, daß die Deiche brächen, dann kann man das nicht im Laufe von 20 Jahren machen. Wir machen ein Programm, das die dringendsten Deichbaumaßnahmen jetzt schon vorantreibt, nicht aber die dringendsten Baumaßnahmen für die nächsten 20 Jahre. Das widerspricht sich, und solche widersprüchlichen Aussagen machen wir als Landesregierung einfach nicht.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Dann zum Sonderabfall-Rahmenkonzept! Dazu sage ich Ihnen noch eines. Es ist ein guter Weg, auf dem wir sind, indem wir versuchen, Sonderabfälle schon bei der Produktion zu vermeiden. Deshalb hat es sich diese Koalition zu einer der wichtigsten Aufgaben gemacht, zum produktintegrierten Umweltschutz zu kommen, schon bei der Produktion anzusetzen und damit Sonderabfälle von vornherein zu vermeiden. Wir wollen eine Kreislaufwirtschaft. Wir wollen, daß Abfälle erst gar nicht entstehen. In diesem Sinne bringen wir Arbeit und Umwelt konstruktiv zusammen, und in diesem Sinne werden wir einiges für dieses Land erreichen, auch wenn es Ihnen nicht paßt.
- Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Schmidt: Ich danke der Frau Ministerin. - Für die CDU-Fraktion hat sich der Kollege Stump noch einmal gemeldet. Bitte sehr!

(C)

(D)

(A) **Werner Stump (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja hochinteressant, wie man die Reaktion von SPD und GRÜNEN hier erleben muß: Wo ist das Konzept der CDU, was hat sie zu sagen? Die CDU-Fraktion ist die Fraktion, die seit der letzten Landtagswahl die vielfältigsten Grundsatzanträge zur Gestaltung der Umweltpolitik über die Ausschüsse ins Plenum eingebracht hat.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN)

Bei Rot und Grün dagegen totale Fehlanzeige! Bei der Haushaltsplanberatung hat die CDU Anträge gestellt, um Schwerpunkte in den Bereichen Abwasser, Hochwasserschutz und Altlastensanierung zu setzen. Und bei den Sozialdemokraten wurden, gebündelt mit einem Antrag der GRÜNEN, 34 Millionen DM von einem Haushaltstitel zu anderen hin- und hergeschoben. Das war der Tätigkeitsnachweis dieser beiden Fraktionen im Rahmen des roten Umweltetats! Vor dem Hintergrund Ihrer Untätigkeiten müßten Sie sich eigentlich verkriechen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich glaube, damit haben wir die Gefechtslage klar. Das, was hier gelaufen ist, war eigentlich ein Witz.

Kommen wir aber noch einmal zu den Inhalten der Politik!

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

- Herr Kollege Appel, hatten Sie auch etwas zu sagen?

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

- Ja, dann hören Sie zu. Dann dürfen Sie mich nicht stören. Ich will Ihnen folgendes sagen und wiederhole das:

Es ist klar und deutlich und verbrieft, daß die Abfallentsorgungspolitik der Sozialdemokratie bis zur letzten Landtagswahl gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist klar und deutlich, daß eine Fülle von Fehlplanungen erfolgt ist, die 1 Milliarde DM Fehlinvestitionen zur Folge hat.

(Beifall bei der CDU)

Und es ist genauso richtig, daß die Umweltpolitik, soweit sie vom Bund über Gesetze, Rechtsverordnungen und sonstige begleitende Aktionen gestaltet wird, letztendlich die Rahmenbedingun-

gen für unsere Landesumweltpolitik darstellt, in denen wir uns bewegen. Wenn wir über Erfolge sprechen, dann dürfen wir diese Erfolge dieser weitsichtigen Umweltpolitik des Bundes zuordnen. (C)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Denn in der Abfallpolitik ist die Abfallphilosophie über das Bundesabfallgesetz entwickelt worden. Wir vollziehen das im Landesabfallgesetz nach.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist doch so, daß Rot-Grün nur herumkaspert und herumnörgelt.

(Ministerin Bärbel Höhn: Das ist so ein Unsinn, was Sie sagen!)

Liebe Frau Ministerin Höhn, Sie wollen jetzt die TASI ändern. Davon haben Sie heute nichts gesagt. Aber das machen die Sozialdemokraten ja nicht mit. Ich habe die Aussagen von Herrn Matthiesen noch deutlich in den Ohren. Er hat Sie von diesem Pult aus gewarnt. - Nein, hier soll grüne Politik umgesetzt werden. Aber der Bürger hat sie zu bezahlen. Denn wir haben Deponien, deren Fassungsvermögen jetzt zu Ende geht. Wir haben dann aber auch eine ausreichende Verbrennungskapazität, neben der wir keine neue Abfallentsorgungsschiene mehr benötigen. Sie sagen doch selbst zu Düren, das sei noch nicht das Gelbe vom Ei. (D)

(Ministerin Bärbel Höhn: Ja!)

Sie wissen auch: Freiburg hat die Anlage eingestellt. Und die ganzen wissenschaftlichen Begleitungen machen deutlich, daß man vor 1999 keine ernsthafte Aussage zu einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage treffen kann. Aber Sie wollen die grüne Spielwiese jetzt hier hineinbringen, weil sie in Ihrem Programm steht. Dazu sagen wir nein. So nicht!

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Ministerin Bärbel Höhn)

Und zum Bereich Abwasser! Da erwähnen Sie die Gemeinde Hellenthal. Sie haben einmal gehört - nicht? -, daß es Hellenthal gibt und daß da über 14 DM pro Kubikmeter Abwasser verlangt werden.

(Ministerin Bärbel Höhn: Da war ich sogar, im Gegensatz zu Ihnen wahrscheinlich!)

Nein, nehmen Sie die ganzen Räume dieses Landes. In der gesamten Hocheifel, im Rhein-Sieg-

(Stump [CDU])

(A) Kreis und anderen Teilbereichen leiden die Menschen unter der verfehlten Abwasserförderpolitik dieses Landes. Eindeutig!

(Beifall bei der CDU)

Darauf geben Sie keine Antwort. Sie geben eine Antwort, indem Sie 34 Millionen DM noch einmal in das Emscher-Seseke-Programm geben. Das ist Ihre Antwort.

(Beifall bei der CDU)

Das soll so sein. Wir müssen aber auch den ländlichen Raum beachten und auf die Bedürfnisse der Menschen dort die richtigen Antworten geben.

Thema Altlasten. - Über 20 000 Altlasten! Was passiert denn in Nordrhein-Westfalen? Die Altlasten werden erfaßt. Auch eine Gefährdungsabschätzung findet noch statt. Dann findet in der Regel die Versiegelung statt. Den Kommunen fehlt das Geld, konkrete Sanierung zu betreiben. Darauf haben wir eine Antwort zu geben. Auch hier geben Sie keine. Ihr Vorgänger ebensowenig wie Sie.

(Zuruf des Klaus Strehl [SPD])

Das Stärkste, was Sie heute hier abgezogen haben, war, dem Helmut Kohl die hohe Arbeitslosigkeit in die Schuhe zu schieben.

(Ministerin Bärbel Höhn: Ja!)

Applaus! Applaus! Applaus! Applaus!

(Heiterkeit bei der CDU - Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Jetzt gehe ich weiter darauf ein, passen Sie einmal auf!

Wir wollen einen Center-Park in der Hocheifel mit 800 Arbeitsplätzen ansiedeln. - Frau Höhn verhindert das. Wir wollen unsere Flughäfen stabilisieren. - GRÜNE wollen das verhindern. Arbeitsplätze wandern ab. UPS stellt heute 1 300 Arbeitsplätze zur Disposition.

Dann wollen Sie eine Braunkohlenplanung verhindern. Sie bekämpfen die Chemie. Sie treffen den Mittelstand. Sie wollen den Straßenbau am liebsten ganz beschneiden. Sie wollen und wollen. Sie schaffen in einer Kette von Vorgängen Arbeitslosigkeit und werfen das dann Helmut Kohl vor. So geht das nicht. So geht das wirklich nicht!

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bleibe ich bei meiner Aussage: Rot-Grün macht das Land und macht Deutschland fix und fertig.

(Beifall bei der CDU)

Das haben die Bayern erkannt und am Wochenende richtig gewählt. Das wird sich durchsetzen. Sie bleiben auf der Strecke! Die Menschen wollen Brot und Arbeit. Sie wollen Zuversicht und eine ökologische Politik mit Augenmaß.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, ich komme zum Schluß. - Es ist noch ein Punkt angesprochen worden, den Frau Höhn auch als sehr wichtig empfunden hat: Umsiedlungsbeauftragter.

Damit kein Mißverständnis entsteht: Diesen wollen auch wir.

(Ministerin Bärbel Höhn: Aha! Aha! Ist ja interessant!)

- Hören Sie zu! Sie können nicht zuhören, das ist ein Fehler.

(Zuruf der Gisela Nacken [GRÜNE])

Das haben wir immer gewollt, das haben wir mit breiter Mehrheit hier in der März-Debatte letzten Jahres gefordert und unterstützt. Sie waren gegen das Gesamtpaket. Der Umsiedlungsbeauftragte ist unabweisbar, er muß kommen, weil er den Menschen helfen muß.

Es geht um etwas ganz anderes. - Sie versprechen den Menschen, sie müßten nicht umsiedeln, dafür sorgten Sie.

(Lothar Hegemann [CDU]: Man sagt die Unwahrheit!)

Sie bringen die Menschen in die Klemme, einen Anspruch darauf zu haben zu wissen, ob sie umsiedeln müssen oder nicht. Die Sozialdemokraten sagen: Ihr müßt umsiedeln. - Die CDU sagt das, aufgrund der Beschlußlage, auch. - Sie, Frau Ministerin, sagen: Die Menschen siedeln nicht um. - Die Menschen sind zerrissen. Sie leben in dieser spannungsvollen Zeit und wissen nicht, was los ist. Diejenigen, die noch jung und flott sind, sind längst dabei, sich in einem anderen Ort ihr neues Häuschen zu bauen. Aber die breite Masse, die alten Menschen, die sich nicht so helfen können, leiden unter der grünen Politik der Verunsicherung, weil niemand weiß, wo es langgeht. Das ist das Schreckliche, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Stump [CDU])

- (A) Ein allerletztes Wort! Die CDU in Jüchen hat sich durchgerungen - darüber bin ich froh -, den Umsiedlungsstandort jetzt auszuweisen, die Bauleitplanung sicherzustellen. Ich darf Herrn Clement - der jetzt nicht anwesend ist -, der ja schon einige Male in Jüchen war, nur auffordern, die sozialdemokratische Fraktion entsprechend zu stimulieren, damit es zu dieser breiten Mehrheit kommt. Dann spielt Rot-Grün in diesem Zusammenhang ohnehin keine Rolle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Kollege Stump. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Kasperek.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Lieber Kollege Stump, Sie können das noch zimal wiederholen,

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wenn es sein muß!)

dadurch werden Ihre Behauptungen hier doch nicht wahr! Die Leute sind es leid, immer nur diese Phrasen zu hören,

- (B) (Zurufe von der CDU - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Kasper! Kasper!)

diese Farbspielereien von "Rot-Grün macht das Land fix und fertig".

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Die Leute wollen praktische Antworten hören, und diese sind Sie schuldig geblieben. Die Leute wollen hören, was bei der Beseitigung von Altlasten gemacht wird, wie der Boden und die Gewässer geschützt und wie Arbeit und Umwelt zusammengebracht werden. Dazu gibt es von Ihnen nichts.

(Zurufe von der CDU - Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Seit Jahren fordern wir Bodenschutz!)

Aber Sie stellen sich hier hin und sagen, sozusagen per definitionem und kraft Ihrer Erklärung sei die Politik von Herrn Matthiesen in den letzten Jahren gescheitert. - Gescheitert soll sie sein? Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wer hat denn die Fortschritte im Bodenschutz erreicht?

(Zurufe von der CDU - Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Wo denn? Wo denn?)

Wer hat denn den AAV aufgebaut

(C)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wo ist er denn? - Zuruf des Herbert Reul [CDU])

mit einem Konzept zur Altlastensanierung? Wer hat denn gemeinsam mit der Wirtschaft die Dioxinminderungsprogramme, Entstickungsprogramme, Entschwefelungsprogramme aufgebaut?

(Lothar Hegemann [CDU]: Außer bei Hoesch! - Zuruf des Herbert Reul [CDU])

Und das alles, meine Damen und Herren, doch nicht gegen den Widerstand von Betriebsräten und Gewerkschaften, sondern in Übereinstimmung mit Betriebsräten und Gewerkschaften, in Übereinstimmung mit den Unternehmensleitungen!

(Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

Wir führen hier Anhörungen durch: zum Bodenschutz, zu anderen Problemen, zur PVC-Politik, zur Chemiewirtschaft, zu all diesen Fragen, und da gibt es in keiner einzigen Frage einen Dissens zwischen den Vertretern der Wirtschaft, den Vertretern der Gewerkschaften und unserer Politik. Also erfinden Sie hier doch nicht solche Märchen, solche Geschichten, daß unsere Politik gescheitert sei.

(Zurufe von der CDU)

(D)

Lob sogar - Beispiel AAV - von der CDU-geführten Bundesregierung. Das Bundesumweltministerium hat ausdrücklich den AAV, das Modell, gelobt. Gescheitert ist in Wirklichkeit das, was Sie hier heute versucht haben.

Ich dachte, daß wir hier in erster Linie über Landespolitik redeten. Aber gut, reden wir auch über Bundespolitik, über das, was Sie hier als Beispiel aus Bonn gebracht haben!

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Kasperek!

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Ja, wer muß denn hier seit Jahren ständig aufgefordert werden, endlich zu einem Autorecycling, zu einer vernünftigen Rücknahmeverpflichtung zu kommen? Wer muß hier aufgefordert werden, daß es endlich zu einem Bodenschutzgesetz kommt? Warum müssen Sie denn hier aufgefordert werden - und nicht nur durch uns, sondern durch den Deutschen Städte- tag -, endlich Ihrer Verpflichtung, nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz die entsprechenden Ver-

(Dr. Kasperek [SPD])

(A) ordnungen zu erlassen, nachkommen? Da kann ich nur sagen: Das sind doch alles Märchengebilde, die Sie hier bringen.

Genauso das Thema Garzweiler! Man wird doch, wenn man sich schon über Jahre hinweg mit diesem Thema beschäftigt hat, wirklich wütend. Wer hat denn - nicht nur Bürgerinitiativen vor Ort oder die GRÜNEN, was wir ja immer wieder auch klar kritisiert haben - auch leichtfertig mit der Sorge um Arbeitsplätze gespielt? Das waren Sie, genauso Sie wie andere Parteien und Bürgerinitiativen. Die einzigen, die eine gerade Linie in dieser Frage hatten, die Ökologie und Ökonomie, Kraftwerks-erneuerungsprogramme und vernünftige Energiepolitik der Zukunft betrieben und verfolgt haben in den letzten Jahren, war die SPD, das waren Matthiesen und Clement und Rau und wir alle. Daran lassen wir auch in der Öffentlichkeit nicht rütteln. Wir lassen uns das auch nicht durch Sie zerreden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Höhn hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Ministerin.

(B) **Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*):** Meine Damen und Herren! Herr Stump, eines möchte ich Ihnen sagen: Sie müssen schon darauf gewappnet sein, daß man das, was Sie hier erzählen, auch etwas hinterfragt.

Wenn Sie der alten Landesregierung und Herrn Matthiesen hier vorwerfen, daß es durch ihre Politik Fehlinvestitionen im Umfang von 1 Milliarde DM gegeben habe, dann sage ich: Was hat Matthiesen anders getan, als die Bundespolitik Ihrer Bundesumweltminister, nämlich von Töpfer und Merkel, umzusetzen? Die Politik auf Bundesebene war dafür verantwortlich. Das wissen Sie.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Es war die TASI, die die Länder gezwungen hat, als Vorbehandlung allein die Müllverbrennung zu akzeptieren. Und wenn Frau Merkel, die ja jetzt immer noch Bundesumweltministerin ist, nicht endlich langsam dahinterkommt - Herr Töpfer war ja schon auf dem Weg; aber Frau Merkel ist wieder zurückgefallen in die Steinzeit -, daß wir zu anderen Verfahren gelangen müssen, zu ökologischen und sozialverträglichen Verfahren, dann

werden die Gebühren in einem Maße steigen, daß den Leuten die Ohren abfallen, und zwar dies durch die Politik der Bundesregierung. Sie ist nämlich die Ursache gewesen. Darum geht es. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Vorsitz: **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose**)

Dann sage ich als nächstes noch: Wer sich hier hinstellt und - wie Sie, Herr Stump, es getan haben - in bezug auf das, was die Situation der Bürgerinnen und Bürger in Hellenthal, was die Abwassergebühren betrifft und was die Situation der Bürgerinnen und Bürger an der Emscher und an der Seseke angeht, die Interessen gegeneinander auszuspielen versucht und sagt, die CDU sei nur für den ländlichen Bereich da und Emscher und Sesecke interessiere sie nicht - das haben Sie nämlich vorhin gesagt -, dessen Politik wird nicht tragfähig sein.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir lassen es nicht zu, daß die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande, die Bürgerinnen und Bürger aus der Eifel, die Bürgerinnen und Bürger an Emscher und Seseke gegeneinander ausgespielt werden. Wir machen als Landesregierung Politik für alle Menschen in diesem Lande, nicht nur Klientelpolitik. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU - Lothar Hegemann [CDU]: Das war glaubwürdig aus Ihrem Mund!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, ich gehe sicher recht in der Annahme, daß zu diesem Komplex jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. - Danke schön.

(Lothar Hegemann [CDU]: Reicht aber auch!)

Dann rufe ich den zweiten Komplex auf:

b) Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz

und darf zunächst Herrn Kollegen Uhlenberg für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

(A) **Eckhard Uhlenberg (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das meistdiskutierte Thema der letzten Monate in Nordrhein-Westfalen ist neben der rot-grünen Dauerregierungs- und Wirtschaftskrise der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Wir haben gestern beim Einzelplan 08 darüber geredet. Wir werden morgen im Rahmen einer Aktuellen Stunde darüber diskutieren. Genauso notwendig ist es, daß wir heute beim Einzelplan 10 ebenfalls über den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen diskutieren.

Denn die Ernährungswirtschaft, die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft sind drei bedeutende Wirtschaftszweige in unserem Lande. Das zeigt sich unter anderem daran, daß die Ernährungswirtschaft den umsatzmäßig drittgrößten Gewerbebereich darstellt, daß es allein in Nordrhein-Westfalen knapp 70 000 landwirtschaftliche Betriebe gibt und die Forst- und Holzwirtschaft in unserem Lande inzwischen mehr Arbeitsplätze als der Bergbau sichert, wie auch Sie, Frau Höhn, in der letzten Zeit festgestellt haben.

(Zuruf der Ministerin Höhn)

(B) Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist in ernsthafter Gefahr; sie nimmt durch die Politik dieser Landesregierung schweren Schaden -

(Beifall bei der CDU)

vor der Landtagswahl und mit großer Geschwindigkeit nach der Landtagswahl am 14. Mai.

Erinnern wir uns! Wenige Wochen vor der Landtagswahl stellte der damalige Umwelt- und Landwirtschaftsminister Matthiesen, der heute - für mich ist es eine Überraschung - bei dieser Debatte fehlt, gemeinsam mit den Landwirtschaftsverbänden und mit den Landwirtschaftskammern ein Positionspapier "NRW Agrar 2000" vor - wie sich immer mehr herausstellt: damals wohl eine reine PR-Aktion. Während in den vorausgegangenen Jahren aus diesem Papier vor dem Hintergrund aktueller Anträge der CDU-Landtagsfraktion schon einiges hätte verwirklicht werden können, zum Beispiel die Stärkung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung, ist das Papier zu einer reinen PR-Aktion verkommen. Auch die SPD-Landtagsfraktion, die sich eigentlich nach dem 14. Mai 1995 - da sie ja nicht mehr den Umwelt- und den Landwirtschaftsminister in Nordrhein-

Westfalen stellt - zum Anwalt dieses Papiers "NRW Agrar 2000", das Matthiesen damals gemeinsam mit den Verbänden auf den Weg gebracht hat, hätte machen sollen, distanziert sich davon. Sie stimmt im Ausschuß zum Beispiel bei der Düngeverordnung oder, Herr Kollege Steinkühler, bei der Erhöhung der Mittel für die einzelbetriebliche Förderung gegen wesentliche Inhalte dieses Papiers,

(Lothar Hegemann [CDU]: Unglaublich!)

wie es vor der Landtagswahl auf den Weg gebracht worden ist, aber heute für das Umweltministerium keine Rolle mehr spielt.

Die Ministerin selber ließ dann nach dem 14. Mai 1995 wichtige Monate in der Landespolitik verstreichen, um zunächst einmal notwendige Personalentscheidungen zu treffen; das heißt: Sie sind zunächst einmal nicht getroffen worden. Es hat Monate gedauert, bis in diesem Ministerium ein Staatssekretär ernannt wurde. Graefe zu Baringdorf, der sich dafür wohl selber vorgeschlagen hatte, war ihr offenbar zu selbstherrlich und war bei den Gesprächen mit den Verbänden ebenfalls zu selbstherrlich aufgetreten.

Die Stelle des Landstallmeisters in Warendorf - es ist seit einem Jahr bekannt, daß der Amtsinhaber ausscheidet - ist bald ein Jahr vakant, und auch die Stelle des Kammerdirektors bei der Landwirtschaftskammer Rheinland - morgen in einer Woche scheidet der Amtsinhaber bei der Landwirtschaftskammer in Bonn aus - ist nicht rechtzeitig besetzt worden. Verunsichern und Zaudern auf der ganzen Linie!

Um den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen zu sichern, brauchen wir hier eine Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik, meine Damen und Herren, für alle Landwirte. Dagegen wird auch in diesem Bereich der Landespolitik die Klientel gestreichelt, aber für 95 % der Betriebe gibt es nur Verunsicherung und Fragen und darauf keine Antworten.

(Beifall bei der CDU)

Bis zu dieser Stunde, Frau Ministerin Höhn, haben Sie kein Konzept für die Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Nennen Sie mir hier eine Entscheidung und eine Maßnahme, die positive Auswirkungen für die ganze Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen gehabt hätte! Sie sollten die Gelegenheit nutzen, um dies hier deutlich zu machen. Sie haben sich auf 5 % der Betriebe in Nordrhein-Westfalen konzentriert; für die anderen 95 % haben Sie noch keine Antworten gegeben.

(Uhlenberg [CDU])

- (A) Sie haben sich auf den Versammlungen hingesezt und gesagt, Sie wollten lernen und zuhören. Aber Sie haben wohl nicht ausreichend zugehört; denn Sie haben noch keine Konsequenzen daraus gezogen, und wenn Sie Konsequenzen gezogen haben, waren sie gegen die 95 % konventioneller landwirtschaftlicher Betriebe in Nordrhein-Westfalen gerichtet.

Sie sollten der interessierten Öffentlichkeit einmal deutlich und klar sagen: Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen produziert auf der Grundlage der guten fachlichen Praxis gesunde Nahrungsmittel im Einklang mit Umwelt und Natur. - Gerade auch in dieser Frage sollten Sie nicht weiter verunsichern.

(Beifall bei der CDU)

Diese Aussage, meine Damen und Herren, könnte vor dem Hintergrund großer umweltpolitischer Erfolge in den letzten Jahrzehnten mit gutem Grund gemacht werden. Statt dessen beginnen Sie eine unsägliche Diskussion über britisches Rindfleisch, verhängen ein Einfuhrverbot für Nordrhein-Westfalen, wo doch jeder Fachmann weiß: Dafür hat Nordrhein-Westfalen weder die Zuständigkeit noch die Kompetenzen. Bei dieser Diskussion sind wiederum nur die Verbraucher verunsichert worden, und die Landwirte im Lande müssen die Zeche bezahlen.

(Beifall bei der CDU)

Diese rot-grüne Landesregierung, als Gegenmodell zur Koalition in Bonn auf den Weg gebracht, nutzt auch im Bundesrat jede Möglichkeit, dem Agrarstandort Nordrhein-Westfalen große Probleme zu bereiten. Dabei muß grundsätzlich - ich glaube, das gilt für alle, die in einem Landesparlament tätig sind - die Frage diskutiert werden, inwieweit Informationen über das weitergegeben werden, was im politischen Bereich im Bundesrat gerade auch von dieser Landesregierung in die Debatte eingebracht wird, was aber meistens nur sehr zufällig oder auf Umwegen den Landtag und die Öffentlichkeit erreicht.

Sehr schnell, Frau Ministerin, hat sich die Tatsache herumgesprochen, daß Nordrhein-Westfalen mit nur drei anderen Bundesländern - Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg - der Erhöhung der Vorsteuerpauschale von 9 % auf 9,5 % nicht zugestimmt hat. Morgens im Bundestag hat die Fraktion der GRÜNEN der Erhöhung der Vorsteuerpauschale zugestimmt, und nachmittags hat die Landesregierung von

Nordrhein-Westfalen im Bundesrat der Erhöhung nicht zugestimmt. (C)

Diese Pauschale ist keine Subvention, sondern ein begründeter Anspruch, den die Landwirtschaft aufgrund der mit der EU abgestimmten Rechnungsmodalitäten hat. Die Berechnungen auf der Basis des letzten Dreijahresdurchschnittes zeigen nun, daß die Vorsteuerbelastung in der Landwirtschaft bei 9,41 % liegt. Von dieser Maßnahme sind pauschalierende, also in der Regel kleinere landwirtschaftliche Betriebe betroffen, d. h. die Betriebe, die angeblich im Mittelpunkt Ihrer Bemühungen stehen.

Wir halten Ihr Vorgehen auch deswegen für so peinlich, meine Damen und Herren, weil gerade an diesem Punkt die Unglaubwürdigkeit und der ganze Widerspruch Ihrer Agrarpolitik deutlich werden. Sie, Frau Höhn, kritisieren pauschal die EU-Agrarpolitik; aber eines muß gerade vor dem Hintergrund dieses Vorgangs zur Vorsteuerpauschale festgehalten werden: Im Vergleich zu Ihren Aktionen sind die Zahlungen aus der EU sicher und kalkulierbar.

Zu den wenigen Kernsätzen Ihrer Agrarpolitik gehören Direktvermarktung und regionales Vermarktungskonzept. Auch die CDU-Landtagsfraktion erwartet mit großem Interesse die Gutachten, die in Auftrag gegeben worden sind. Wenn die Fraktionen von SPD und GRÜNEN in den vergangenen Haushaltsplanberatungen unseren Anträgen in dieser Frage zugestimmt hätten, wären wir auf diesem Gebiet in Nordrhein-Westfalen schon ein Stück weiter.

(Lothar Hegemann [CDU]: Richtig!)

Zur Stärkung des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen brauchen wir aber auch eine Stärkung der großen Vermarktungseinrichtungen, die sowohl in privater wie auch in genossenschaftlicher Unternehmensform leistungsfähig sind. (D)

Die Antwort auf die Konzentration im Lebensmittelhandel kann keine Konzentration auf die Direktvermarktung in Nordrhein-Westfalen sein. Dann gehen der Landwirtschaft in unserem Bundesland weitere Marktanteile verloren.

Der Agrarbericht der Bundesregierung macht deutlich, daß die Gewinne der landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen mit 42 719 DM das Schlußlicht aller Bundesländer bilden. Obwohl Bayern und Baden-Württemberg eine ungünstigere Agrarstruktur haben, sind die Gewinne der Betriebe dort höher.

(Uhlenberg [CDU])

(A) In Nordrhein-Westfalen sind in den vergangenen Jahren weniger Landesmittel für die Landwirtschaft bereitgestellt worden, zum Beispiel bei den wichtigen Mitteln des soziostrukturellen Einkommensausgleichs, sind die Finanzmittel aus Bonn nicht effektiv eingesetzt worden, und es hätte mehr Geld aus Brüssel abgerufen werden können. Das gilt auch für den gesamten Bereich der Naturschutzpolitik. Die flankierenden Mittel hierfür, die gleichsam mit der EU-Agrarreform 1992 auf den Weg gebracht worden sind, sind an Nordrhein-Westfalen vorbeigelaufen, weil dieses Land keine Naturschutzprogramme hatte, die auf Brüssel ausgerichtet waren. Folglich haben die anderen Bundesländer - in erster Linie auch hier wieder die süddeutschen Bundesländer - das Geld abgerufen. Bayern hat in einem Jahr 200 Millionen DM abgerufen, Nordrhein-Westfalen 35 Millionen DM im gleichen Zeitraum. Diese Zahlen machen deutlich, daß in diesem Bereich eine falsche Politik betrieben worden ist.

(Beifall bei der CDU)

(B) Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nimmt weiter großen Schaden, wenn diese Politik so fortgeführt wird. Nach der Untätigkeit der alten Landesregierung werden jetzt den Landwirten in unserem Bundesland zusätzlich Daumenschrauben angesetzt. Der Stellenwert der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes tendiert in der Regierungskoalition Richtung Null, wie das auch bei der Frage der Ausschußzuständigkeit im Wasserbereich deutlich wurde.

Die Landwirtschaft gehört bei allen rot-grünen Bündnissen in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland zu den Verlierern, nun auch in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, wir kritisieren, daß kein ernsthafter Dialog mit dem Berufsstand stattfindet. Die Landjugendverbände sollten vor wenigen Monaten als Bündnispartner gewonnen werden, äußern nun aber öffentlich ihre Enttäuschung über Ihre Agrar-, sprich: Klientelpolitik.

Landwirte, die investieren wollen, sind verunsichert, weil die Kriterien der einzelbetrieblichen Investitionsförderung so verändert werden, daß die leistungsfähigen Betriebe in Nordrhein-Westfalen mit einem ausreichenden Einkommen - die wir auch noch haben und die das Rückgrat der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen bilden - bei Ihrer Förderpolitik in Nordrhein-Westfalen keine Perspektive mehr haben. Mit diesen Betrieben können Sie nichts anfangen. Aus ideologischen

Gründen bleiben die bei Ihrer Agrarpolitik links liegen. (C)

Meine Damen und Herren, mit Nischenpolitik, so wie Sie Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen betreiben, können Sie 5% der Betriebe im Lande bedienen. Im konventionellen Bereich gefährden Sie Arbeitsplätze, wenn Sie diese Politik in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen weiter verfolgen.

Der Einzelplan 10 ist keine Antwort auf die Herausforderungen der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Deswegen lehnt die CDU-Fraktion den Einzelplan 10 ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Kollegen Steinkühler von der SPD-Fraktion das Wort.

Horst Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Uhlenberg, es hätte mich auch gewundert, wenn Sie diesem Einzelplan zugestimmt hätten. Das wäre dann wahrscheinlich der einzige im gesamten Haushalt, dem Sie zustimmen würden. Das war also nichts Neues. (D)

Sie haben angemahnt, die SPD solle sich zum Anwalt der Aktion "Agrar 2000" machen. Offensichtlich haben Sie überhaupt nicht mitbekommen, daß die SPD-Fraktion eine Große Anfrage eingebracht hat, mit der genau diese Punkte von der Landesregierung abgefragt werden.

Sie haben gesagt, die frühere Landesregierung habe eine schlechte Agrarpolitik gemacht und habe nicht für die Bauern gearbeitet. Ich glaube aber, daß Klaus Matthiesen einer der - auch vom Berufsstand - am meisten anerkannten Landwirtschaftsminister in der Geschichte dieses Landes war.

(Beifall bei der SPD)

Dann mahnen Sie immer wieder die einzelbetrieblichen Maßnahmen an. Ihnen ist wiederholt gesagt und erklärt worden, daß alle vorliegenden Anträge hätten bedient werden können. Sie wollen das aber nicht wissen. Das ist immer die alte Leier mit der einzelbetrieblichen Förderung.

Sie haben dann gesagt, wir hätten bei der Düngeverordnung "Agrar 2000" verraten. Ich sage Ihnen dazu, Herr Uhlenberg - das wissen Sie auch -

(Steinkühler [SPD])

(A) folgendes: Gerade die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen mit der Gülleverordnung sind maßgeblich in die Anträge zur Düngeverordnung eingeflossen, die Nordrhein-Westfalen gestellt hat.

Lassen Sie mich zunächst folgendes feststellen; Dieser Haushalt trägt in der Tat die Handschrift der Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich will auch überhaupt nicht verhehlen, daß ich hier natürlich lieber einen nur von meiner Fraktion zu verantwortenden Haushalt beraten hätte. Das ist sicherlich unbestritten, aber Schnee von gestern. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

Die SPD-Fraktion kann aber auch mit diesem von der Koalition getragenen Haushaltsentwurf gut leben. Gerade im Einzelplan 10, Herr Uhlenberg, weist der Haushalt 1996 nämlich ein hohes Maß an Kontinuität aus. Das zeigt sich an den Schwerpunkten des Haushaltes, soweit sie die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz betreffen. Ich nenne dazu im einzelnen die Fortsetzung der Naturschutzpolitik bei Ausbau des Förderrahmens, die Förderung der Betriebe sowohl des traditionellen wie des ökologischen Landbaus in der ungebrochenen Kontinuität der bisherigen Landwirtschaftspolitik, die neue Schwerpunktsetzung im Bereich der regionalen Vermarktung bei Beibehaltung der Förderung für die bewährten landesweiten Strukturen und die einzelbetriebliche Förderung mit einer Staffelung nach Betriebseinkommen. Ich denke, das ist doch wohl nicht verboten.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Aber falsch!)

- Herr Uhlenberg, bei 80 000 DM Jahreseinkommen gibt es immer noch 50% der Fördersumme.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Mit zwei Familien!)

Dann sprechen Sie davon, daß wir da ausstiegen.

Weiter ist zu nennen die Fortsetzung der Förderung für die Dorferneuerung mit geringfügig veränderten Strukturen. Dies gilt jetzt in der Tat für den gesamten ländlichen Raum und nicht nur speziell für die Haustür im alten Haus. Es soll vielmehr im ländlichen Raum mehr passieren, auch was die Infrastruktur angeht.

Ich nenne weiter die Untersuchung und Förderung nachwachsender Rohstoffe - mit Augenmaß und ohne Euphorie.

Bei einigen dieser Bereiche - das gebe ich zu - besteht noch Klärungsbedarf. Dies gilt insbeson-

dere für die verstärkte Förderung der regionalen Vermarktung. Grundsätzlich finden solche Konzepte wie auch Überlegungen für regionale Gütezeichen die Unterstützung der SPD. Allerdings bleibt festzuhalten, daß solche Maßnahmen nicht dazu beitragen dürfen, Frau Ministerin, die Verbraucher zu verunsichern. (C)

Den Verbrauchern ist nicht damit gedient, wenn es zu einer unüberschaubaren Zahl einzelner Qualitäts- und Gütesiegel kommen sollte. Damit wäre auch weder der Landwirtschaft noch der Ernährungswirtschaft in unserem Lande gedient.

Aus unserer Sicht muß ebenso die bewährte Struktur der landesweiten Absatzförderung durch die AGM in ein solches Konzept einbezogen werden. Es kann nicht angehen, daß wir miteinander konkurrierende und in ihren Absatzstrategien sogar gegeneinander agierende regionale Vermarktungsbereiche bekommen. Als Abgeordnete im Landtag müssen wir den Blick für das ganze Land behalten und dafür sorgen, daß die Landwirte und die Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen weiterhin an einem Strang ziehen.

Es darf nicht verkannt werden, welche große Bedeutung - Herr Uhlenberg hat eben auch darauf hingewiesen - die Ernährungswirtschaft in unserem Lande hat. Dies ist in einer ausführlichen Beratung des Ausschusses von Vertretern des Wirtschaftsministeriums ausdrücklich bestätigt worden. Wir können nicht den europäischen Binnenmarkt wollen und seitens der Landwirtschaft auf die rasche Einführung einer gemeinsamen Währung drängen, gleichzeitig aber der heimischen Ernährungswirtschaft offen oder versteckt den Vorwurf machen, daß sie landwirtschaftliche Produkte aus anderen Bundesländern oder Mitgliedstaaten verarbeitet. (D)

Für uns ist klar, meine Damen und Herren: Die Förderung des Absatzes heimischer Produkte muß sich sowohl auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft als auch auf die Produkte der Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen erstrecken. Dieser Aspekt kommt in der Debatte oftmals zu kurz. Dabei müßte es doch gerade für die Opposition, aber auch für unseren Koalitionspartner ein besonderes Anliegen sein, die durchweg mittelständisch strukturierte Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu stärken und zu fördern.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch eine Anmerkung zu dem Antrag der CDU im Ausschuß machen, nämlich 1,5 Millionen DM für eine neu zu schaffende Agrarmarketing-Gesellschaft für

(Steinkühler [SPD])

- (A) Nordrhein-Westfalen zu veranschlagen. In den Ausschußberatungen im Dezember war deutlich geworden, daß noch Untersuchungs- und Klärungsbedarf für die zukünftige Organisation des Agrarmarketings in Nordrhein-Westfalen besteht. Zugleich wurde auch deutlich, daß hier nichts auf die lange Bank geschoben wird, sondern daß mit einem straffen Zeitplan - die Ministerin hat von Ende März gesprochen - die entsprechenden Entscheidungen vorbereitet werden sollen.

Unter diesen Umständen, Herr Kollege Uhlenberg, ist es bloße Schaumschlägerei und das Gegenteil von ernsthafter parlamentarischer Beschäftigung mit einem Problem, pauschal eine Summe für den Haushalt zu beantragen, ohne daß ein eigenes umsetzbares Konzept vorgelegt wird.

Klärungsbedarf besteht für die SPD weiter im Hinblick auf die zukünftige Position der Landesregierung bezüglich des noch von Klaus Matthiesen mit den Landschaftsverbänden verabredeten Programms "Agrar 2000". Die Inhalte dieses Programms haben weitgehend Eingang in die Koalitionsvereinbarung gefunden; das sollten Sie wissen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das spielt keine Rolle mehr!)

- (B) Jetzt kommt es für uns darauf an, materiell diese programmatische Erklärung abzuarbeiten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Sicherung und der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft. Das ist zwischen uns so verabredet, und weil das in Ihren öffentlichen Äußerungen bisher - als kleine Kritik, Frau Ministerin - in der Tat keinen so zentralen Stellenwert erfahren hat, haben wir die eben schon erwähnte Große Anfrage eingebracht und die Landesregierung gebeten, ihre Absichten und Arbeitsschritte in diesem Bereich noch einmal konkret darzustellen. Wir werden dieses Thema auch in enger Tuchfühlung mit den Verbänden der Landwirtschaft weiter verfolgen, Herr Uhlenberg.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch zwei konkrete Haushaltsfragen ansprechen, Frau Ministerin, die an uns herangetragen worden sind und die mit etwas gutem Willen noch im Rahmen der Haushaltsberatungen oder im Haushaltsvollzug regelbar sein sollten:

Ich nenne zunächst die mit der Ergänzung zum Haushalt vorgenommene Erhöhung der Mittel für das Büro der 29er Naturschutzverbände in Essen. Diese Erhöhung haben wir selbstverständlich mitgetragen. Es stellt sich allerdings das von mir be-

reits im Ausschuß angesprochene Problem, daß nämlich mit erweitertem Personal auch erweiterte Bürokosten verbunden sind. Diese Kosten fallen zum Beispiel bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald an. Ich rege daher erneut an, daß in Absprache zwischen dem Ministerium und dem Haushalts- und Finanzausschuß eine Lösung gefunden wird, daß ein angemessener Teil der vorgesehenen Erhöhung zur Deckung dieser Mehrkosten der Schutzgemeinschaft zukommt.

Die zweite Anmerkung gilt der Bitte, die an die Fraktionen herangetragen worden ist, eine finanzielle Unterstützung für einen geplanten internationalen Kongreß für Naturschutz zu ermöglichen. Hier gehe ich davon aus, daß eine ausdrückliche Erwähnung des Projektes im Haushalt nicht erforderlich ist. Bei einigem Nachdenken im Haushaltsvollzug die Durchführung dieser Veranstaltung sicherzustellen.

Mit diesen zwei kleinen Anmerkungen darf ich die grundsätzliche Zustimmung der SPD zum Einzelplan 10 in zweiter Lesung verbinden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Martsch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Siegfried Martsch (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Ministerin! Wir reden hier heute über den ersten Haushalt - Teil Ernährung, Landwirtschaft, Naturschutz und Forsten - aus einer rot-grünen Landesregierung und unter einer grünen Ministerin.

Es freut mich feststellen zu können, daß dies ein Haushalt ist, der eine deutliche rot-grüne Handschrift trägt. In diesem Bereich gibt es keine unnötige Hektik, hier arbeiten Rot und Grün konstruktiv zusammen. Dieser Haushalt zeichnet sich dadurch aus, daß er sowohl Kontinuität wahrt und die gute erprobte Politik des vorherigen Ministers Matthiesen fortsetzt - zum Beispiel im Kooperationsprinzip - als auch neue Akzente setzt, die in der Vergangenheit undenkbar waren. Dies gilt nicht allein im Bereich der Förderung des ökologischen Landbaus, sondern insbesondere bei der konsequenten Umsetzung des Gedankens der regionalen Verarbeitung und Wirtschaftsweise.

(C)

(D)

(Martsch [GRÜNE])

- (A) Diese Landesregierung macht Ernst mit den Interessen der Verbraucher, mit den Interessen der Bauern und Bäuerinnen, aber auch mit dem Natur- und dem Tierschutz.

Bemerkenswert finde ich allerdings, in welcher Art und Weise auch hier heute von diesem Platz aus die CDU-Opposition die Leistungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft beschimpft und schlecht macht. Da gibt es das Gerede, Nordrhein-Westfalen stehe am Ende der Einkommensskala. Nur: Wir müssen fragen, was die CDU damit sagen will. Meinen Sie etwa, unsere Bauern und Bäuerinnen würden zu wenig arbeiten oder schlecht wirtschaften und haben deshalb ein schlechtes Ergebnis zu verzeichnen, oder meinen Sie, die Landesregierung zahlt zu wenig Subventionen?

(Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

Ich glaube, es ist an der Zeit, sich mit der Wahrheit zu beschäftigen.

NRW hat mit 15 % den höchsten Anteil an Veredelungsbetrieben; bundesweit sind es 6 %. Diese haben in den vergangenen Wirtschaftsjahren einen Einkommensrückgang von 75 % gehabt, und das wirkt sich selbstverständlich auf die Einkommenslage in Nordrhein-Westfalen aus.

- (B) Nun müssen wir fragen: Wie kommt es zu Einbrüchen von 75 %? - Da haben wir neben den alten, auch weltmarktbedingten Ursachen nun auch Gründe, die in der Verantwortung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, insbesondere der CDU, liegen. Die Bundesregierung hat gegen alle Vernunft die Aufrechterhaltung und Modernisierung der LPG-Staatsbetriebe in den neuen Ländern mit Milliarden gefördert. Wenn solch ein Betrieb in eine GmbH umgewandelt wurde, bekam er sehr viel Geld. So erhielt der durchschnittliche Betrieb Ost 750 000 DM Fördermittel - das möge man sich auf der Zunge zergehen lassen: 750 000 DM! -, der Betrieb West im gleichen Zeitraum 12 000 DM.

Insbesondere im Milchviehbereich brachte dies den Großbetrieben wirtschaftlichen Vorteile, die dazu geführt haben, daß der Milchpreis dramatisch gedrückt wurde und das Einkommen selbstverständlich zurückgegangen ist. Nun kommen Sie, nachdem Ihre Bundesregierung dies so gnadenlos durchgezogen hat, und sagen: Rot-Grün ist schuld. - Das ist verlogen, Herr Kollege.

Ein ähnliches Problem haben wir im Schlachthofbereich. Ebenfalls mit Milliarden DM wurden in

(C) den neuen Bundesländern moderne Schlachthöfe gebaut, die völlig an den Realitäten und an den vorhandenen Kapazitäten vorbeidimensioniert wurden. Das Ergebnis ist, daß nun in langen Transporten die Tiere von Westen nach Osten gekarrt werden, um diese Schlachthöfe auszulasten.

Wir haben heute im Schlachthofbereich eine Überkapazität von 40 %. Nun möchte die CDU gern die kleinen und mittleren Schlachthöfe "schlachten", damit die großen diese Kapazitäten bekommen. Was hier von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien angestellt wird, ist nicht nur eine ungeheuerliche Verschwendung von Steuergeldern, sondern auch die aktive und wissentliche Vernichtung bäuerlicher Existenzen und ebenfalls die Vernichtung mittelständischer Unternehmen mit Hunderten von Arbeitsplätzen. Dieser Politik stemmt sich Nordrhein-Westfalen entgegen.

Die Politik der Förderung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, wie sie diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen betreiben, sichert bäuerliche Existenzen ohne Subventionen, weil in einem überschaubaren Markt mit fairen Partnern bessere Preise zu erzielen sind, ist zugleich aber auch Mittelstandspolitik. Oder gehören für die CDU Schlachthöfe, Zerlegebetriebe, Molkereien und Handelsunternehmen in der Region mit Hunderten von Arbeitsplätzen schon nicht mehr zum Mittelstand?

Ebenso ist diese Politik aber auch ein Fortschritt für die Verbraucher. Wer weiß, daß der Rinderbraten aus der Region stammt, in der Region verarbeitet und dort gekauft wurde, braucht auch keine Angst vor Rinderwahnsinn zu haben.

Nicht zuletzt nutzt es auch dem Tierschutz; denn Tiere, die in der Region geschlachtet werden, brauchen nicht lange transportiert zu werden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Opposition, hören Sie bitte endlich auf, die Bauern und Bäuerinnen im Lande zu verunsichern, indem Sie ihnen Märchen erzählen.

(Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

(D) - Einen Moment, Kollege Uhlenberg! - Sie als CDU erzählen landauf, landab, die Bauern müßten demnächst Hunderte von Litern Milch mit der Milchkanne in der Hand von Dorf zu Dorf als besondere Form regionaler Vermarktung verkaufen. So ein grober Schwachsinn! Es ist schlimm genug, daß es Leute gibt, die das glauben; noch schlimmer ist

(Martsch [GRÜNE])

(A) es aber, wenn Politiker so etwas im Lande erzählen, um billig Stimmung zu machen; ich will das einmal in dieser Schärfe so sagen und hoffe, an einem Ordnungsruf vorbeizukommen.

Was Sie machen, ist Klientelpolitik. Sie betreiben nicht Politik für 100 % der bäuerlichen Betriebe, und das haben Sie noch nie getan. Die CDU hat immer Politik für das oberste Viertel der Einkommensskala gemacht und die anderen abgeschrieben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Sie haben immer nur für die großen, leistungsstarken Betriebe Politik gemacht. Mit Politik und Milliardensubventionen habt ihr die Kleinen kaputtgemacht, damit die Großen besser leben können.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Wir machen Politik für 100 %, indem wir nun zusätzlich auch etwas für die Kleinen tun. Das ist die Wende. Sie können ruhig lachen, Herr Linssen. Selbst bei Ihnen am Niederrhein wird Ihnen das Lachen schon vergehen; denn eines ist völlig klar: Mit der Politik, die Sie vertreten, wird es in mittelbarer Zukunft keine bäuerliche Landwirtschaft in diesem Lande mehr geben, wird es keinen mittelständischen vor- und nachgelagerten Bereich mehr geben, und das wissen Sie auch.

(B)

Erst kürzlich hatte ich die Gelegenheit, auf einer Podiumsdiskussion im Sauerland mit Ihrem früheren Kollegen Herrn Schauerte eine genüßliche Diskussion zu führen. Er mußte sich von Herrn Gehring vom Landwirtschaftsverband fragen lassen: Ist denn die Perspektive der CDU im Hinblick auf die Landwirtschaft, daß diese in Zukunft den Winterstreudienst im Sauerland erledigen oder sich mit Tourismusbelustigung beschäftigen soll? - Das ist Ihre Politik, und der stemmen wir uns entgegen. Unsere Politik ist in der Tat nicht nur die Sicherung bäuerlicher Betriebe, sondern auch Mittelstandsförderung.

Ich will ein Weiteres hinzufügen: Auf einer anderen Podiumsdiskussion hat vor einigen Monaten der sehr verehrte Herr Vorsitzende des Agraraussschusses, Kollege Kruse, gesagt: Wir brauchen im Kreis Borken die B 67 n als neue Straße, damit die Bauern aus den Betrieben, die ohnehin nicht mehr zu retten sind, schneller ins Ruhrgebiet kommen, um dort zu arbeiten. - Das ist Ihre Politik. Sie haben die bäuerliche Landwirtschaft schon längst aufgegeben, um einige Großkonzerne für

den Weltmarkt fit zu machen. Das ist Ihr Verständnis von Wettbewerb.

(C)

Nicht mit uns! Sie werden sich noch wundern, Sie werden wie letztens der Kollege Schauerte im Sauerland noch öfter das Gefühl bekommen, auf der verkehrten Veranstaltung zu sein, wenn Ihnen 250 oder 350 Bauern sagen, daß sie sich bei den GRÜNEN besser aufgehoben fühlen als bei Ihnen. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn, das Wort.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Meine Damen und Herren! Ich sage ja immer: Die GRÜNEN müssen zusammenhalten. Wir haben ohnehin ein fest angelegtes Bündnis zwischen Landwirtschaft und grüner Partei, weil wir eines gemeinsam haben - und das ist ein originär bäuerlicher Gedanke -, nämlich dafür zu sorgen, daß nachfolgende Generationen auch noch eine Überlebenschance haben. Dies ist ein Gedanke, der insbesondere von GRÜNEN vertreten wird und der zusammenbringt, was Bauern früher einmal gemacht haben und was ihnen die EU-Politik momentan auszutreiben versucht.

(D)

Denn wohin Sie momentan teilweise hineingetrieben werden, ist etwas anderes, als genau für eine nachhaltige Entwicklung für die nachfolgenden Generationen zu sorgen. Diese Diskussion kommt jetzt wieder auf, und veranlaßt in der Tat dazu, daß viele Bauern anfangen, über diese neue Art der Politik nachzudenken.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Ministerin, es liegt schon der Wunsch nach einer Zwischenfrage vor.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: So schnell geht das? - Herr Uhlenberg, ich habe noch nicht ein Wort zu Ihnen gesagt, aber bitte schön.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte sehr, Herr Kollege Uhlenberg.

(A) **Eckhard Uhlenberg (CDU):** Frau Ministerin, halten Sie es nicht für eine Beleidigung der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, wenn Sie unterstellen, daß dieses Denken erst in der letzten Zeit eingesetzt hätte? Ist es nicht vielmehr Ihre Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß die Landwirte seit Generationen und auch in Einklang mit der Umwelt und mit der Natur ihrem Beruf in Nordrhein-Westfalen nachgehen und daß die Rezepte, die nach dem 14. Mai in Nordrhein-Westfalen verkündet werden, überflüssig sind?

(Beifall bei der CDU)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Herr Uhlenberg, Sie haben das nicht getan, was ich eben auf diesen Versammlungen gern tue, nämlich zuzuhören. Ich habe eben etwas ganz anderes gesagt: Die Idee, die über Jahrhunderte bei Bauern schon gegriffen hat, nämlich eine Landwirtschaft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu betreiben, die der nachfolgenden Generation das Überleben sichert, ist den Bauern in den letzten Jahren durch die EU-Politik ausgetrieben worden.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das stimmt nicht!)

(B) Und zwar deshalb - das wissen Sie genau -, weil sie gezwungen worden sind, immer mehr zu intensivieren, immer mehr die Ressourcen zu verbrauchen und für die nachfolgenden Generationen nichts mehr übrig zu lassen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist sachlich falsch!)

Wir holen genau diesen Gedanken jetzt wieder in die Landwirtschaft zurück. Das ist genau Ihr Problem, Herr Uhlenberg, dann Sie von der CDU sind auch ein Stück für die EU-Politik, die von der Bundesebene, von der CDU-Bundesregierung immer wieder unterstützt worden ist, verantwortlich.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dem stimmen wir zu!)

Was hat das für die Arbeitsplätze, ein Punkt, den Sie vorhin genannt haben, gebracht? Sie haben sich eben gesagt: Das ist ein großes Arbeitsmarktproblem. Wir haben 70 000 Betriebe. Dazu sage ich Ihnen, Herr Uhlenberg: Wissen Sie, was für vor 25 Jahren hatten? Damals hatten wir in Nordrhein-Westfalen keine 70 000 Betriebe, sondern 140 000 Betriebe. Und die Verantwortung, daß wir nur noch 70 000 Betriebe haben, trägt im

wesentlichen die EU und die Bundespolitik. Es ist Ihre Politik, die Politik Ihrer eigenen Partei, gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben eine Politik betrieben, die in diesem Bereich Arbeitsplätze vernichtet hat.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

- Nein, und zwar genau mit der Art von Förderpolitik, die eben von dem Kollegen Martsch zu Recht kritisiert worden ist. Eine EU-Politik, die den großen Agrarfabriken

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Den haben wir gar nicht in Nordrhein-Westfalen!)

in den fünf neuen Ländern - sie haben im Schnitt über tausend Hektar -, den juristischen Gesellschaften, den Aktiengesellschaften, mittlerweile eine Subvention pro Jahr im Durchschnitt von 750 000 DM zukommen läßt, schadet den kleinen Betrieben in den alten Ländern, die im Durchschnitt nur 12 000 DM erhalten. Diese Art von Politik macht die kleinen Betriebe in den alten Bundesländern kaputt. Dagegen wehren wir uns, und zwar sehr massiv.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(D) Wir versuchen, möglichst viele Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen in den ländlichen Bereichen zu erhalten. Denn eine ländliche Region braucht intakte landwirtschaftliche Betriebe. Das ist eine der Grundvoraussetzungen, damit die ländlichen Regionen überhaupt noch eine Überlebenschance haben.

(Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

- Das mache ich gleich. - In den fünf neuen Ländern erleben wir, daß die Menschen in den Dörfern keine Arbeitsmöglichkeiten mehr haben. Es gibt Riesenbetriebe, auf denen früher einmal 10 Personen auf 100 Hektar gearbeitet haben. Und jetzt sind es noch weniger Personen auf 1000 Hektar. Und das bedeutet für sehr viele Leute den Arbeitsplatzverlust. Das bedeutet auch, daß wir Regionen in den fünf neuen Ländern haben, die entvölkert werden, aus denen die Leute weggehen und in denen keine Perspektive mehr für die ländliche Region besteht. Und das wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht haben. Diesem Trend wollen wir entgegenwirken.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

(Ministerin Höhn)

- (A) Ihr Parteikollege Borchert hat noch vor wenigen Tagen gesagt, die Betriebe in den fünf neuen Ländern seien die, die sich unter EU-Politik auch behaupten werden. Und die Schlußfolgerung ist andersherum: Er geht davon aus, daß sich die Betriebe in den alten Ländern nicht behaupten werden.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Nur bei Ihrer Politik!)

Und das ist Ihre Politik, mit der Sie versuchen werden, diese Betriebe kaputtzumachen. Dagegen werden wir uns wehren, und zwar irgendwann auch einmal gemeinsam mit den Bauern gegen Sie selber. Und davor haben Sie Angst.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Und weil Sie diese Angst haben, gehen Sie hin und versuchen Tatsachen zu verbreiten, die keine Substanz haben, die wirklich nur Fehlinformation, aus meiner Sicht teilweise bewußte Fehlinformation,

(Heinz Hunger [SPD]: Sehr richtig!)

und zwar dahin gehend, daß Sie sagen: Diese neue Landwirtschaftsministerin macht nur noch für 1,5 % der Leute

- (B) (Eckhard Uhlenberg [CDU]: 5 habe ich gesagt!)

Klientelpolitik. Und das stimmt einfach nicht; Sie wissen das.

Ich komme auf jede Versammlung, und auf jeder Versammlung waren viele CDU-Abgeordnete schon da und hatten Fehlinformationen verbreitet.

(Heinz Hunger [SPD]: Hört, hört!)

Man braucht lange in der Diskussion, um diese Fehlinformation wieder auszuräumen. Und diese Politik ist in der Tat destruktiv und nicht konstruktiv. Deshalb kann es auch nicht funktionieren, was Sie da machen. Am Ende werden Sie damit nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Weil Sie kein Konzept haben!)

- Nein, nein. Das ist z. B. ein weiterer Widerspruch von Ihnen. Sie sagen auf der einen Seite, ich hätte kein Konzept, und auf der anderen Seite sagen Sie: Weil die soviel macht, sind die Leute so verunsichert. Entweder das eine oder das andere.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Beides machen Sie!) (C)

Beides geht nicht. Entweder mache ich viel, und die Leute sind verunsichert, oder ich mache Konzepte. Und da können Sie nicht sagen: Ich mache keine Konzepte.

(Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Nein, nein, so einfach geht es nicht. Sie haben sich da in eine Zwickmühle hineingebracht, aus der Sie nicht wieder herauskommen. Und durch ein bißchen Quäken kommt man da auch nicht heraus.

Deshalb sage ich Ihnen: Die Konzepte, die wir vorbereitet haben und die Sie ja stören, gehen in die Richtung, daß wir möglichst viele bäuerliche Betriebe erhalten wollen. Das heißt auch, daß wir versuchen, die Fördermittel, die wir zu vergeben haben - und Sie werden ja nicht mehr; das ist das Problem -, in diesem Sinne optimal einzusetzen. Und das heißt: Je nach der Höhe des Gewinns wird ein Unternehmen bei der Förderung berücksichtigt. Wenn der Gewinn hoch ist, wird es nicht so, wie Sie immer behaupten, nicht berücksichtigt, sondern er bekommt weiter Förderung, aber er bekommt nicht mehr 100 %, sondern nur noch 80 % oder 70 %. Das ist ein angemessener Preis, um möglichst viele Betriebe in dem Bereich zu erhalten, von dem Sie sich sagen: Da sind in Nordrhein-Westfalen doch so viele dran. Doch wir haben offensichtlich so viele Betriebe, die im Durchschnitt eben nur bei 40 000 DM liegen. Und die wollen wir auch fördern. Die benötigen möglichst viel Fördermittel haben, und zwar 100 % der Förderung. Und das wollen wir erreichen, damit möglichst viele Betriebe, die leistungsfähig sind und überleben können, hier auch erhalten werden können.

Dazu dienen insbesondere zwei Konzepte, die wir vorgesehen haben. Das erste Konzept ist eines, das insbesondere den konventionell anbauenden Betriebe hilft, nämlich die regionale Vermarktung.

Bei den Öko-Bauern gibt es die regionale Vermarktung schon seit langem. Dort brauchen wir gar nicht mehr so viel zu tun. Gerade bei den konventionell anbauenden Betrieben aber müssen wir erreichen, daß Produkte aus der Region für die Region produziert werden, um ihnen damit eine Überlebenschance zu geben. Dazu gehört auch, daß wir ganz deutlich auf die Qualität der heimischen Produkte eingehen, sie herausstellen und informieren.

(D)

(Ministerin Höhn)

(A) Bisher gab es bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, bei den Bäuerinnen und Bauern Mißtrauen,

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das Sie schüren!)

das man nicht dadurch wegbekommt, daß man Angst schürt, sondern Informationen verbreitet. Das wollen wir tun.

Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Produkte, die wir haben, und ihre Qualität informieren. Dazu gehört die Information, daß es bei uns keine BSE-Fälle gibt. Wer bei uns Fleisch aus der Region kauft, braucht nicht Angst zu haben, Probleme mit BSE zu bekommen.

Deshalb unsere eindeutige Aussage: Wir machen die Grenzen dicht!

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Können Sie doch gar nicht!)

- Wissen Sie, warum sich Herr Seehofer auf Bundesebene darüber gar nicht weiter unterhält? - Weil Herr Seehofer über uns geschützt wird. In Bonn befindet er sich nämlich auch auf dem Territorium Nordrhein-Westfalens. Damit schützt ihn die Landwirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen. Und wenn er sich in seinem Heimatland Bayern aufhält, schützt ihn der dortige Landwirtschaftsminister. Also ist Herr Seehofer geschützt. Deshalb unternimmt er auch nicht viel. Nur nützt das natürlich der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt nichts.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir gehen den richtigen Kurs. Das wird anerkannt. In der Tat halte ich gerne Versammlungen ab, weil ich nicht nur zuhöre - das finde ich ganz wichtig, weil man dadurch lernt -, sondern weil wir darüber hinaus ziemlich intensiv und gut miteinander diskutieren. Dabei lernen wir wiederum eine Menge voneinander.

Also: Die Wege, die wir gehen, sind richtig, gut und abgestimmt, stellen eine Mischung von Kontinuität und neuen Akzenten, die wir setzen werden, um möglichst viel Betrieben die Chance einzuräumen, zu überleben. Nur in diesem Sinne ist beispielsweise auch die Erweiterung der Funktion des Öko-Bauern zu verstehen. Kein Konzept für alle! Ich bin Landwirtschaftsministerin für 100 % der Betriebe! Es geht um ein Konzept für mehr als die, die es jetzt betreiben, weil nämlich die Nachfrage nach diesen Produkten höher als das Ange-

bot ist. Diese Chance wollen wir für unsere Bauern in Nordrhein-Westfalen nutzen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Nur von denen reden wir!)

Da ich in einer weiteren Runde noch auf alle anderen Punkte, die mein Ressort betreffen, eingehen kann, möchte ich nun abschließend noch zu den Themen der SPD einiges sagen: Dabei geht es darum, daß das Konzept der regionalen Vermarktung ein offener Prozeß ist. Sie wissen genau, daß es sich bei der Frage danach, ob man das Gütesiegel haben will oder nicht, um eine sehr verzwickte Angelegenheit handelt. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Die Bedenken, die Sie eingebracht haben, werden in vielen Punkten von uns geteilt. Man muß überlegen, wie ein solches Siegel aussehen kann, wenn es denn überhaupt kommt. Wir haben bei diesen vielen verschiedenen Gütesiegeln das Problem der Unübersichtlichkeit. Aus diesem Grunde handelt es sich dabei um eine der wichtigen spannenden Fragen, die in diesem Zusammenhang zu klären sind.

Außerdem haben Sie die "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" angesprochen. Ich habe Ihnen zugesagt, daß wir versuchen werden, die Frage, um die es in diesem Zusammenhang ging, zu klären. Ich denke mir, daß wir das bis zur dritten Lesung in irgendeiner Form geschafft haben. (D)

Internationaler Kongreß! Dabei handelt es sich um ein neues Problem. Ich werde das überprüfen. Ein solches Konzept ist sicherlich ein gutes Konzept. Dafür werden wir Mittel zur Verfügung stellen können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich warte nun auf die nächste Runde. Es gibt noch eine Vielzahl von Themen, die wir zu besprechen haben, etwa die Frage, wie Sie mit der Düngeverordnung umgehen. Auch in diesem Zusammenhang haben Sie wieder Unsinn über das Abstimmungsverhalten von nordrhein-westfälischer Seite aus erzählt. Dem halte ich entgegen: Wir haben klar und eindeutig festgestellt: Wenn die Düngeverordnung schlechter ist als die Gülleverordnung, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, werden wir dagegen stimmen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Skandal!)

Die Unterstützung des Ausschusses haben wir gehabt und uns entsprechend verhalten. Also brauchen Sie mit Ihren unsinnigen Aussagen gar

(Ministerin Höhn)

(A) nicht zu kommen. Dagegen werden wir uns verhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Nächster Redner ist Herr Kollege Kruse für die Fraktion der CDU.

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Herrn Kollegen Martsch möchte ich mich im Moment eigentlich gar nicht mehr äußern, denn er hätte gestern Abend an einer Veranstaltung mit Landwirten am Niederrhein teilnehmen sollen. Den Termin dazu hatte er bereits im Oktober vorgegeben. Er hat jedoch nicht teilgenommen und gekniffen, wie uns der Veranstalter mitteilte. Deshalb sehe ich gar nicht ein, daß ich mich heute mit ihm auseinandersetzen soll. Wir hätten uns gestern Abend einmal mit dem Praktikern vor Ort über Probleme der Agrar- und Ernährungswirtschaft in diesem Lande unterhalten können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(B) Nun zu Ihnen, Frau Ministerin! Sie erklären vor Ort - auf Landfrauenveranstaltungen und Veranstaltungen mit Landwirten -, Sie seien dort hingekommen, um zuzuhören, Sie seien lernwillig und wollten für sich etwas hinzugewinnen. Aber hier treten Sie auf, als ob Sie alles besser wüßten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich Ihnen dazu folgendes sagen: Sie gehen hin und wollen ausgebildeten, in der Praxis tätigen Landwirten erklären, wie ökologische Zusammenhänge der Landbewirtschaftung funktionieren. Ich lade Sie gerne zu einem Landpraktikum auf meinen Hof ein. Sie müssen aber morgens früh aufstehen. Dann gehen wir zuerst in den Stall und machen dort die Arbeit. Anschließend fahren wir auf den Acker. Dann erkläre ich Ihnen einmal, wie die Zusammenhänge wirklich sind und wie durch intensive Veredelungswirtschaft auf Höfen im Münsterland die Ertragsfähigkeit der nicht so ertragreichen sandigen Böden über die vergangenen Jahre hinweg gestiegen ist. Sie stellen hier die Dinge auf den Kopf.

Da Sie Mathematikerin aus Oberhausen sind, kann ich Ihnen das nicht vorhalten, weil Sie berufsfern sind. Das ist kein Vorwurf. Nur sage ich Ihnen: Tun Sie nicht so, als ob Sie mehr wüßten

als Praktiker, die sich seit Jahrzehnten mit diesem Thema beschäftigen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich werde nicht das Strickmuster aufgreifen, das Sie allgemein und ständig nach dem Motto bringen: Alles an der Europa- und der Bundespolitik ist schlecht in diesem Bereich! Das bringt alles nichts! - Sondern ich frage Sie: Welche Perspektiven bietet diese Landesregierung im Bereich der Umwelt-, der Rohstoff- und der Agrarpolitik? Das haben wir hier zu klären.

(Beifall bei der CDU)

Ist überhaupt erkennbar, daß dieser Bereich als Einheit gesehen wird? Ist das Umsteuern, von dem Sie sonst immer sprechen, erkennbar? - Die CDU-Fraktion stellt fest: Nein, das ist nicht erkennbar. Schlimmer noch: Im zuständigen Ministerium ist noch nicht einmal eine einheitliche Linie erkennbar. Frau Ministerin, vor kurzem wurde auf der alljährlichen Hochschultagung in Münster zwischen dem Staatssekretär Ihres Ministeriums und einem führenden Mitarbeiter ein offener Disput in Fragen der Chancen nachwachsender Rohstoffe ausgetragen. Der Vorgang war an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten. Ich rate dringend dazu, solche grundlegenden Differenzen hausintern abzuklären oder sich alternativ nicht mehr an solchen Diskussionen zu beteiligen, diese lieber den Wissenschaftlern und Praktikern zu überlassen. (D)

Fest steht, meine Damen und Herren: Es muß in Kreisläufen gedacht werden. Wir können im Bereich des Rohstoffverbrauchs nicht mehr so weitermachen. Die Ressourcen sind endlich, und wir müssen umsteuern und auch mehr unendliche, nämlich nachwachsende Rohstoffe einsetzen. Sicherlich lösen wir das Klimaproblem nicht allein durch nachwachsende Rohstoffe. Sie können die Belastung im Bereich des Kohlendioxins aber durchaus mindern.

Die Palette ist breit. Ich rede von Kunststoffersatz auf der Basis pflanzlicher Stärke, von umweltfreundlichen Dämmstoffen und Verpackungsmaterial. Ich rede von biologisch abbaubaren Schmierstoffen und von Hydraulikölen, von Hanf und Flachs, von Biodiesel und von Zucker für den chemisch-technischen Bereich.

Wie in den vergangenen Jahren sind unsere Anträge auch in diesem Jahr abgeschmettert worden. Dabei ist Nordrhein-Westfalen als ein großes Rohstoff verbrauchendes Industrieland ein Ent-

(Kruse [Bocholt] [CDU])

(A) wicklungsland. Es ist deshalb dringend notwendig, eine Koordinierungsstelle einzurichten, um die Verwendung nachwachsender Rohstoffe zu fördern.

Zuständig sind bisher das Umweltministerium, das Wirtschaftsministerium, das Bauministerium, das Technologiezentrum in Rheine und Haus Düsse. Bei bis zu sechs Institutionen muß nachgefragt werden. Die CDU-Fraktion will - ohne eine zusätzliche Stelle zu schaffen - die Zuständigkeiten bündeln.

Der CDU-Antrag wurde mit dem altbekannten Argument abgelehnt - es ist alles in Ordnung. Ist es das wirklich?

Ich möchte Ihnen vortragen, wie es dem Bürger S aus unserem Land ergangen ist, der ein Doppelhaus bauen möchte und in Erwägung gezogen hat, eine Heizungsanlage auf der Basis von Biomasse zu betreiben. Herr S muß deshalb, wenn er das will, erst wissen, wie weit die Technik ausgereift ist, wie die Wirtschaftlichkeit aussieht und welche Zuschüsse es dafür gibt.

Herr S ruft im MURL an. Von der Zentrale wird er mit dem Referat verbunden. Dort meldet sich niemand. Er ruft im Wirtschaftsministerium an. Dort wird er an das Bauministerium verwiesen. Hier wird er an Herrn C weitervermittelt. Herr C erklärt, er wäre nicht zuständig, und verbindet mit Frau E. Frau E erklärt, daß sie zu den technischen Dingen nichts sagen könne und schlägt Herrn S vor, er möge sich doch an den Hersteller wenden. Frau E war es offensichtlich völlig entgangen, daß auf Haus Düsse bereits Untersuchungen durchgeführt worden sind, mit Landesmitteln bezahlt. Zur Frage der Zuschüsse erklärt sie, es käme eine Förderung des gesamten Objekts in Frage. Er solle sich doch bitte an den zuständigen Kreis wenden.

(B) Herr S, der beim MURL nicht durchgekommen war, versucht sein Glück nach zwei Stunden erneut mit einem Anruf, diesmal beim Ministerialrat S. Im Vorzimmer wird ihm von Frau B erklärt, dafür sei man nicht zuständig. Zuständig sei das Bau- oder das Wirtschaftsministerium, und zwar im Wirtschaftsministerium Herr Sowieso und im Bauministerium Herr C. Nachdem Frau B auf bereits durchgeführte Telefonate mit diesen Stellen hingewiesen wurde, erklärt sie: Ja, ja, die verweisen immer wieder auf andere Ministerien.

Trotzdem ruft Herr S noch einmal im Wirtschaftsministerium an. Er wird weitervermittelt, und zwar zweimal, bis zu Herrn C. Dieser erklärt, am besten könne die Verbraucherzentrale in Düsseldorf die

Fragen beantworten. Denn nur die wüßten, wo die nächstgelegene Energieberatungsstelle sei. Herr C weiß auch noch nichts von den Untersuchungen auf Haus Düsse. Für die Zuschüsse sei das Landesinstitut für Bauwesen in Dortmund zuständig, welches die Förderung nach dem REN-Programm des Landes durchführe. (C)

(Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. Herr S bricht seine Telefonaktion nach dreieinhalb Stunden ab, ohne nähere Informationen. Da sagen Sie, die von der CDU geforderte Koordination sei überflüssig, es sei alles ganz genau geregelt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie Herrn S fragen, dann behauptet er, geregelt sei hier nur das Chaos. Denn diese noch für ihn einfache, aber wichtige Frage konnte nicht einmal beantwortet werden. Ich fordere Sie auf, Frau Ministerin, endlich den Leerlauf in den Ministerien zu beenden und gleichzeitig Perspektiven in der vernetzten Umwelt-, Rohstoff- und Agrarpolitik zu bieten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Borchering für die Fraktion der SPD das Wort. (D)

Heinrich Dietmar Borchering (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kruse! Herr Vorsitzender! Wir haben in der letzten Fachauschusssitzung nachwachsende Rohstoffe nicht ausdiskutiert, das haben wir auch gesagt. Leider ist die CDU-Fraktion in dieser Sitzung ausgestiegen, und Sie mußten die CDU-Fraktion allein vertreten.

Wir haben deutlich gemacht, daß wir alle im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe eine Chance sehen, aber das auch so anpacken müssen, daß die Chance auch durchgesetzt wird. Es nützt ja nicht, einfach nachwachsende Rohstoffe anzubauen. Ich muß gleichzeitig den gesamten Vermarktungsbereich mit aufbauen.

Ein weiterer Punkt ist, daß wir eine Vielzahl rechtlicher Rahmenbedingungen ändern müssen, wenn wir beispielsweise nachwachsende Rohstoffe im Gewässerschutz oder im Straßenbau einsetzen

(Borcherding [SPD])

(A) wollen. Dann heißt es, daß wir die Voraussetzung dafür schaffen müssen, daß das in Ausschreibungstexte auch aufgenommen werden kann. Insofern ist das wichtig.

Zur Frage der Koordinierung, Herr Kruse, ist es sicherlich ein schönes Beispiel, das Sie eben gebracht haben. Man kann das bestimmt auf alle Bereiche ausweiten. Die Ministerin hat in der Sitzung versprochen, daß sie uns demnächst darstellen wird, wie die Koordinierung insgesamt gedacht ist. Deswegen brauche ich keine neuen Stellen oder was auch immer. Ich muß nur versuchen, Strukturen aufzuzeigen und Bündelfunktionen wahrzunehmen. Ich glaube, daß wir hier auf dem richtigen Weg sind.

Nachwachsende Rohstoffe sind eine Chance. Wir werden in den nächsten Monaten auch im Fachausschuß darüber zu diskutieren haben.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 1996 ist für mich ein Haushalt der Kontinuität - wenn ich beispielsweise die Titelgruppe 82 Naturschutz nehme. Immerhin haben wir es mit einer Steigung von 6,1 Millionen DM zu tun, von 67 350 000 DM auf 73 500 000 DM. Von daher spreche ich von Kontinuität. Die Programme, die es früher gab, sind übernommen worden. Ich nenne nur einige: Feuchtwiesenschutzprogramme, Mittelgebirgsprogramm, Schutzprogramme für Ackerwildkräuter oder Streuobstwiesen, usw. Hier haben wir also eine Vielzahl von Kontinuität in der Politik.

(B)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das hat alles Matthiesen gemacht!)

Mein lieber Herr Fraktionsvorsitzender, das werden Sie bestätigen können. Ich stelle das gern noch einmal dar.

Mir geht es aber auch um einen Punkt in diesem Bereich, nämlich um die Landschaftsplanung.

Wenn man überlegt, daß das Landschaftsgesetz am 1. April 1975 in Kraft getreten ist, daß der erste Landschaftsplan in Nordrhein-Westfalen im Dezember 1980 verabschiedet worden ist - ich darf bescheidenerweise hinzufügen, daß ich maßgebend dazu beigetragen habe -, daß wir dann wiederum vier Jahre benötigt haben, um 19 Landschaftspläne zu bekommen, um heute bei 109 oder 110 Plänen zu liegen: Warum war das so schwierig? - Schwierig sicherlich, weil man mit dem Instrument noch nicht umgehen konnte;

schwierig auch, weil man zu sehr versucht hatte, ins Detail zu planen. Ich glaube daher, daß die Novellierung des Landschaftsgesetzes im Frühjahr 1994 richtig und notwendig war, um so wiederum mehr Aktivitäten zu entwickeln.

(C)

Das Instrument "Landschaftsplan" ist wichtig. Denn wenn wir in Sonntagsreden immer von der Bewahrung der Schöpfung sprechen, muß ich auch fragen, mit welchen Instrumenten ich der Zerstörung der Schöpfung gegensteuern will. Mit Landschaftsplänen kann ich von den Zielsetzungen her, die sich aus dem Landschaftsgesetz ergeben, Naturschutz erhalten; ich kann anreichern und wiederherstellen.

Natürlich aber reicht es - Herr Kollege Lindlar hat es, glaube ich, angesprochen - nicht aus, einen Landschaftsplan zu entwickeln und in die Schublade zu legen. Vielmehr ist zu fragen, wie man ihn umsetzen kann. Wir sollten daher das Instrument etwa der biologischen Stationen - immerhin sowohl im institutionellen als auch im projektbezogenen Bereich mit 14,1 Millionen DM gefördert - nutzen, um entsprechende Landschaftspläne umzusetzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß wir insoweit auf dem richtigen Wege sind. Wir brauchen diese Landschaftspläne, um unsere Natur für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

(D)

Genauso wichtig sind für uns der Schutz und der Wiederaufbau der Natur in Ballungsräumen. Der Erfolg zeigt sich etwa daran, daß die Zahl der Naturschutzgebiete im Ruhrgebiet von 1987 bis 1993 von 55 auf 183 gestiegen ist. Die Gesamtfläche für den Naturschutz erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 4 000 ha auf 15 349 ha mit einer Landesförderung von immerhin 28 Millionen DM. Der richtige Weg ist hier, glaube ich, Naturschutz auch in Ballungsräumen weiterhin zu fördern und zu begleiten.

Und wenn dann, meine Damen und Herren von der CDU, endlich die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes vorgenommen wird, stehen uns weitere Instrumente zur Verfügung, um in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft erfolgreiche Naturschutzpolitik zu betreiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Mackenthun das Wort.

(A) **Silke Mackenthun (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin! Herr Kruse, nun wissen wir auch, wo Sie gestern abend gewesen sind. Sie waren auf einer Versammlung der Landwirte, was auch ganz richtig und gut und schön ist. Wir sind hier im Plenarsaal gewesen und haben weiter über den Haushalt debattiert. Ich finde es also etwas seltsam, einem Abgeordneten vorzuhalten, daß er seine parlamentarischen Pflichten erfüllt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie haben eine Zwischenfrage? - Kann ich den Gedanken vielleicht noch zu Ende führen?

Sie haben uns hier gerade schöne Geschichten erzählt. Geschichten hatten wir vorher auch schon. Als eine Geschichte aus der Gerüchteküche wurde uns das Menü serviert: Landwirtschaft nimmt weiter Schaden. - Das Menü können Sie selber essen, denn Sie sind es, die neun von zehn Höfen schließen wollen, während es unser Ziel ist, 100 % zu erhalten. Schauen Sie sich an, was Sie in Bonn tun. In Bonn wird genau die Politik gemacht, die der Landwirtschaft schadet. Wir wollen 100 % der Höfe erhalten.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dann belügen Sie die Bauern!)

(B) Das heißt, daß wir ein vielfältiges Angebot an Chancen liefern müssen. Dazu gehört als eine Chance der ökologische Landbau. Diese Chance versuchen wir jetzt in die Hand zu nehmen und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, damit sie auch wahrgenommen werden kann.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Mackenthun, darf ich Sie unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kruse zulassen?

Silke Mackenthun (GRÜNE): Bitte schön, Herr Kruse.

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU): Können Sie sich vorstellen, daß sich Ihr Kollege Martsch für die gestrige Veranstaltung nicht mit der Plenarsitzung, sondern mit Problemen in der Koalition und der Lösung von Koalitionsproblemen entschuldigt hat?

Silke Mackenthun (GRÜNE): Herr Martsch ist gestern abend hier gewesen. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen haben. Vielleicht können Sie das direkt mit Herrn Martsch ausmachen. Noch ein Gerücht, was vielleicht mit in diese Küche gehört. Auch dazu sage ich Ihnen: Essen Sie erst einmal selber!

(Siegfried Martsch [GRÜNE]: Ich war bis zum Schluß hier!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden verstehen, daß ich an dieser Stelle der Haushaltsdebatte überhaupt keinen Hehl aus meiner Zustimmung gerade zu dem uns vorliegenden rotgrünen Entwurf des Einzelplans 10 machen kann und will. Denn anders als noch bei dem von uns vor gut einem Vierteljahr debattierten Nachtragshaushalt 1995, der natürlich nur punktuelle Soforthilfe bringen konnte, ist es uns, dem Ministerium und den Koalitionsfraktionen, gelungen, die Pflöcke für eine substantielle Offensive in der Landwirtschaft und im Naturschutz in den Boden zu treiben. Es gibt jetzt in unserem Land eine Perspektive für die Landwirtschaft jenseits der Ideologie der Bundesregierung, die da lautet: Wachsen oder weichen! Und es gibt eine Perspektive für den Naturschutz, auch jenseits der Kerngebiete die Artenvielfalt zu erhalten.

(D) Wenn Sie von der CDU bei uns im Land kein Umsteuern festgestellt haben, kann ich nur sagen: Vielleicht wenden sich die Bauern nicht mehr an Sie, wenn sie am Umsteuern der Politik teilhaben wollen, sondern vielleicht wenden sie sich inzwischen in der Tat an andere Parteien, nämlich die, die ihnen Chancen bieten.

Denn etwa neben einer deutigen Erhöhung der Zuschüsse für die Betriebe, neben einer nicht knappen Erhöhung der Zuschüsse für die AG der Naturschutzverbände sind es gerade die Programme "Ökologischer Landbau" und "Regionale Marktstrukturen", die jetzt landauf landab zu einem Eifer der Bauern geführt haben, wie er schon seit Jahren nicht mehr spürbar gewesen ist und seitens der Bundespolitik wohl auch gerade bezüglich der kleinen Betriebe nicht gewünscht ist. Die anvisierte verstärkte Förderung der Umstellung von Betrieben von konventioneller auf ökologische Wirtschaftsweise einerseits und die Förderung von Investitionen in eine lokale Verarbeitung und Vermarktung andererseits läßt plötzlich im ganzen Land vorher Mutlose Hoffnung schöpfen, daß ihr Betrieb nicht dem Untergang geweiht sein muß, wenn sie nur die Chancen jetzt nutzen, die ihnen von Landesseite eröffnet werden.

(Mackenthun [GRÜNE])

(A) Das ist dann nicht nur Direktvermarktung. Direktvermarktung ist für viele der rettende Anker gewesen. Hätten wir sie von den Bauern nicht erfinden lassen, gäbe es heute noch viel weniger Betriebe, als wir ohnehin nur noch verzeichnen können.

Örtliche Marktstudien, Marketingkonzepte, Logistik, Lagerhaltung und Kühlräume, Schlachtstellen, Molkereien, Käsereien, Verkaufsräume, Stadtteilläden werden mit einer Förderung rechnen können, wenn sie zum Aufbau eines Netzes lokaler und regionaler Marktstrukturen beitragen oder endlich dem enormen Bedarf an Produkten aus ökologischem Anbau das dringend notwendige Angebot entgegensetzen.

Gemessen an den Mitteln für die Gründungs-offensive im Wirtschaftsetat mutet es vielleicht den einen oder anderen wie Spatzen an, was hier verteilbar ist. Und doch bedeuten die Mittel für Landwirte und Verbraucher eine Kurskorrektur, die sich gewaschen hat. Wir wollen nicht weniger, als den Bauern Sicherheit in Form von dauerhaften Absatzmöglichkeiten für Produkte aus dem ökologischen Landbau oder für die regional typischen Spezialitäten und den Verbrauchern Sicherheit in Form von dauerhaften, ortsnahen und qualitativ hochwertigen Angeboten dieser Produkte bieten.

(B) Diese Kurskorrektur wird sicherlich nicht durch gleichbleibenden finanziellen Einsatz der Landesregierung zu leisten sein. Deshalb erwarten wir in der Tat auch für den Haushalt 1997 eine kräftige Anhebung der einzusetzenden Mittel.

Ich glaube, daß wir in diesem Jahr einen guten Start geleistet haben, und hoffe, daß wir den Haushalt auch so durchbringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort der Frau Ministerin Höhn. Bitte schön.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Meine Damen und Herren! Herr Kruse! Ihre Empfehlung, ich sollte mal bei Ihnen auf den Hof kommen und da mal mit anpacken, dann würde ich schon lernen, was Landwirtschaft ist - die finde ich ein bißchen billig. Das muß ich ehrlich sagen.

(Zuruf des Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU])

(C) Ich habe oft genug auf einem landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet und bin oft genug auch früh aufgestanden. Das brauche ich nicht zu lernen.

Wenn es eine Sache auf diesen Veranstaltungen gibt, ist es die, daß man sagt: Mensch, die hat sich ja ganz gut gehalten. Zum zweiten macht man mir immer wieder das Kompliment: Man muß es Ihnen lassen, daß Sie sich innerhalb von kürzester Zeit mit einem großen Fachwissen in die Materie eingearbeitet haben.

Zu dieser Argumentation, "Sie kommt ja nicht aus dem Bereich, die müssen wir ja schon deshalb ablehnen", sage ich: Das ist pfui. Damit kommen Sie schon lange nicht mehr klar, gerade bei denen nicht, die mich erlebt haben. Bitte, Herr Kruse, da sind Sie schon lange auf Sand gelandet. Das schaffen Sie nicht an dem Punkt, ja!

(Zuruf des Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU])

Kommen Sie einmal mit mir zu den Bauern und sagen Sie noch einmal: "Die hat ja keine Ahnung!"

(Ministerin Bärbel Höhn klopft auf das Rednerpult.)

(D) Dann wollen wir einmal sehen, was die am Ende dazu sagen. Damit kommen Sie nicht durch. Das ist das letzte. Das ist auch eine Art von Klientelpolitik,

(Zuruf des Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU])

Herr Kruse, wenn Sie meinen, immer nur die Betroffenen könnten die Politik machen: Nur der Hochspringer darf den Sport vertreten. Sportminister darf nur derjenige werden, der am schnellsten laufen kann. So einfach ist Politik nicht. Da sollte man auch zu anderen Lösungen kommen. So einfach können Sie es sich nicht machen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich hierhinstellen und versuchen, uns das ABC beizubringen, von Frau A auf Frau C - nur bei Z sind Sie nicht gelandet -, verschwenden Sie eine Menge Zeit. Sie sind nur bis zum Buchstaben E gekommen. Das ist ein bißchen zu wenig in dieser Rede und bringt das Problem auch nicht auf den Punkt.

Dann laßt uns mal gucken

(Erhebliche Unruhe)

- bitte beruhigen Sie sich wieder, meine Damen und Herren -, dann laßt uns mal gucken, wie wir in der Fachdebatte weiterkommen. Die Fachde-

(Ministerin Höhn)

(A) batte ist an vielen Punkten gerade in den beiden letzten Beiträgen sehr gut gewesen.

Wir haben Konzepte - auch wenn Sie sich nicht daran beteiligen wollen -

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dann geben Sie es uns doch einmal!)

für nachwachsende Rohstoffe entwickelt. Wir haben ganz intensiv auch mit den Praktikern diskutiert. Wir machen genau die Fehler, die auf Bundesebene so oft gemacht worden sind, nicht. Wir sagen nicht: Nun fangt alle an, stürzt euch rein in nachwachsende Rohstoffe! Zwei Jahre stellt man fest, daß man die Sachen nicht mehr los wird.

Wir machen es gleichzeitig: Wir reden mit den Leuten, schaffen die Voraussetzungen dafür, daß sie zum Beispiel Hanf anbauen können, und reden gleichzeitig mit den Vermarktern und gucken, wo wir die Produkte einsetzen können. Können wir sie im Baubereich einsetzen? Können wir nicht. Können wir sie z.B. im Automobilbereich einsetzen? Können wir sie im Textilbereich einsetzen?

Dann machen wir ein geschlossenes Konzept. Ein solches geschlossenes Konzept bekommt man nicht in einer Woche hin - das wollen wir auch nicht -, denn wir wollen etwas Gutes, etwas Nachhaltiges machen, was am Ende auch wirkt. Das tun wir auch. Wenn Sie nicht mitmachen wollen, brauchen Sie es nicht. Wir kriegen es auch ohne Sie hin.

(B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren. Wir haben in der Tat im Naturschutz einen positiven Ansatz. Wir werden die Mittel nach Verabschiedung dieses Haushaltes im Jahre 1996 auf 73,5 Millionen DM erhöhen. Das ist ein Riesenzuwachs in einem Bereich, der am ehesten der Knute des Finanzministers, die ja über alle Haushalte geht - ob grün oder rot -, unterliegt. In dem Sinne haben wir gemeinsam für den Naturschutz gekämpft und eine Menge erreicht.

Wir werden einen flächendeckenden Biotopverbund machen. Wir werden eine Menge im Naturschutz erreichen. Wir haben insbesondere die Arbeit, die der Landwirtschaftsminister, mein Vorgänger, hier konstruktiv vorangebracht hat, nämlich das Kooperationsmodell ...

(Beifall bei der SPD)

- Ich bedanke mich für den Beifall.

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten - Klaus Matthiesen [SPD]: Womit habe ich das verdient?) (C)

- Ja, heute habe ich meinen schwachen Tag, Herr Matthiesen.

(Heiterkeit)

... im Wasserbereich, nämlich Landwirtschaft und Wasserwirtschaft zusammenzulegen, fortgesetzt und im Kooperationsmodell eine Menge erreicht. Wir machen das zusammen mit den Naturschutzverbänden. Wir machen das weiter sehr erfolgreich und gezielt. Wir werden in diesen Bereichen gute Erfolge haben. Wir werden sie haben, ob Sie mitmachen oder nicht.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Höhn, bitte kommen Sie zum Schluß.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft*): Sie haben die Konzepte heute nicht gezeigt. Wir haben die Konzepte. Wir führen sie durch. Das war 's. Wir sollten jetzt zur Tat schreiten und uns nicht immer bei den belanglosen Worten aufhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD) (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich sehe, daß es keine weiteren Wortmeldungen gibt. - Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir haben erstens über den **Änderungsantrag** zum Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft - **abzustimmen**. Es handelt sich um einen Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/822 zu Kapitel 10 050 Titel 099 13 - Einnahme aus der Abwasserabgabe. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **abgelehnt**.

Ich rufe zum Einzelplan 10 zweitens die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/810** auf. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit dem gleichen Ergebnis wie bei der vorherigen Entscheidung **angenommen**.